

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 121

SONNTAG, 6. Okt. 1935

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Karl Kautsky:
Sozialdemokratie und Krieg
Richard Kern:
Ausbau der Kriegswirtschaft
Streicher macht Außenpolitik
Todesstrafe in den Judengesetzen

Hitler bewaffnet Ungarn

Auf den Spuren von 1914



Der europäische Hauptfeind heißt Hitler. Er bedroht den Frieden und die Landkarte. Er ist das Hindernis, das einer Lösung der wirtschaftspolitischen Verkrampfung Europas im Wege steht. Er steht am Anfang des neuen Wettrüstens, er ist der stärkste Treiber der Rüstungsschraube. Seine Macht ist größer als die Macht Mussolinis. Das Tempo seiner Kriegsvorbereitungen ist um ein vielfaches rascher, seine Macht- und Eroberungsansprüche weitgreifender und gefährlicher noch als die des italienischen Diktators.

Die Mächte, die sich jetzt gegen den Kriegstreiber Mussolini zusammenschließen, haben den Kriegstreiber Hitler groß werden lassen. Sie haben heute den Konflikt im Mittelmeer, sie müssen morgen den Konflikt in Mittel- und Osteuropa fürchten. Eine verhängnisvolle geschichtliche Kette von Ursache und Schuld geht von ihrer Lauheit gegen die Anfänge des faschistischen Verbrechens bis zu der heutigen Zerreißen Europas in zwei Lager. Der feste Zusammenschluß auf klaren Linien, den sie heute eingehen, wäre einst eine Garantie des Friedens, der ruhigen Entwicklung und Entwirrung, eine Voraussetzung nicht nur der militärischen, sondern auch der wirtschaftlichen Abrüstung gewesen. Heute birgt er die Gefahr in sich, daß eine kriegerische Explosion Europa wieder in zwei Lager zerreißen, die in einem irrsinnigen Krieg bis zur Erschöpfung miteinander ringen könnten. So ernsthaft das englisch-französische Einvernehmen jeden der faschistischen Unruheherde bedroht, so kann es nicht mehr ungeschehen machen, daß diese Unruheherde und ihre Trabanten heute ungleich stärker sind als noch vor einem Jahre und daß sie sich ihrer Macht bewußt sind.

Die Wiederbelebung des Völkerbundes auf der Grundlage des neuen französisch-englischen Bündnisses treibt die Blockbildung der Diktatoren vorwärts. Es war Gömbös, der die politischen Ziele der europäischen Diktatoren enthüllt hat. Er hat im Frühjahr in einer Rede gegen das französisch-russische Abkommen alle Hintergedanken der Politik Hitlers und seiner Trabanten ausgesprochen: eine Verteidigungslinie Berlin-Warschau-Wien-Budapest-Rom müsse und werde entstehen. Dieser Repräsentant des korrupten ungarischen Nationalismus, dieser Bewunderer Hitlers hat mit einer Gewissenlosigkeit, die in umgekehrtem Verhältnis zu seiner eigenen Macht steht, laut und öffentlich ausgesprochen, worüber die Hitler, Göring und Ribbentrop im geheimen verhandeln. Wer historische Parallelen liebt, kann heute sagen: die Diktatoren und die politischen Scharlatane wollen die Front von 1914 wieder aufbauen — Block der Mittelmächte gegen die Westmächte — nur daß sie diesmal hoffen, daß auch Italien unter der Führung Mussolinis, der ihnen art- und wesensverwandt ist, am Ende auf der Seite der Diktaturen, der Revisionisten und Expansionisten stehen werde. Auch hier, nicht nur in Abessinien und im Mittelmeer, wird auf lange Sicht ein Kriegsverbrechen vorbereitet, und der Treiber dieser Vorbereitungen ist Hitler. Er benutzt den Konflikt des Völkerbundes mit Mussolini, um seine eigene Bündnispolitik und Machtsammlung zu fördern.

Schon vor Monaten sind die deutsch-italienischen Beziehungen verdächtig geworden, als Göring auf dem Balkan umherreiste und überall erzählte, daß eine

deutsch-italienische Entspannung bevorstehe, die durch nahe Ereignisse von großer Tragweite bezeichnet werden würde. Sie sind noch verdächtiger geworden, als Mussolini eine demonstrative Geste in Berlin unternahm, und sie sind heute ganz besonders verdächtig, da Gömbös, einst der Vasall Mussolinis, von ihm nicht nur politisch, sondern auch durch Waffenlieferungen unterstützt, in Berlin mit Hitler Verhandlungen führt, über deren politischen und militärischen Sinn gar kein Zweifel besteht. Die Brandstifter und ihre Trabanten waren beisammen: die deutschen Diktatoren und die polnischen und ihr ungarischer Nacheiferer. Es war eine Demonstration gegen das neue französisch-englische Einvernehmen, eine Einladung für Mussolini, sich dem Brandstifterbund anzuschließen, wenn seine imperialistischen Pläne ins Wasser fallen, die auf die Schwäche des Völkerbundes, auf die Verlegenheiten Frankreichs und seiner Ver-

bündeten gegenüber den Hitlertreibern in Mittel- und Osteuropa berechnet waren. Die Umrisse eines von ihnen erhofften politischen Systems sind sichtbar geworden, das dem Völkerbund entgegengestellt werden soll.

Der Cäsarenwahn Mussolinis hat dem Cäsarenwahn Hitlers eine neue Chance verschafft. Wenn Mussolini, einst einer der wildsten Treiber zum Krieg gegen die Mittelmächte, heute entgegen aller politischen Tradition Italiens sich gegen England erklärt und die Neigung erkennen läßt, noch einmal im Jahre 1915 anzufangen, diesmal aber die Dreibundvariante der italienischen Politik durchzuspielen, dann wächst der Uebermut der braunen Kriegstreiber ins Ungemessene, dann werden alle politischen Verhältnisse in Mitteleuropa schankend und ungewiß.

Noch ist auch das Spiel der Brandstifter schwankend und ungewiß. Jeder von ihnen ist von vielfachem Risiko umgeben,

jeder von ihnen wird Bündnisse ebenso leicht verraten wie er sie schließt. Jeder von ihnen ist ein gefährlicher Spekulant, der nicht nur um den Frieden, sondern auch um die eigene Existenz spielt. Ob bei den Besprechungen in Rominten und Berlin aktuelle Angriffspläne der Hitlerdiktatur auf Litauen besprochen worden sind und gegenseitige Unterstützung für die damit verbundenen Konsequenzen, ob man sich auf eine gemeinsame Front des Hasses und des Angriffs gegen die Sowjetunion geeinigt hat für den Fall, daß Mussolini die Kräfte der Westmächte binden sollte, das steht dahin. Aber eines ist sicher: diese Verhandlungen bilden einen wichtigen Markstein in der Aufrüstung der friedensfeindlichen Diktaturen.

Als seinerzeit in unbegreiflicher Verblendung unter dem Einfluß Mussolinis in Stresa die Westmächte die Aufrüstung von Oesterreich, Ungarn und Bulgarien als einen der Programmpunkte einer kom-

Das große Durcheinander

Es schien vielen so, als habe auf dem »Parteitag« in Nürnberg der »Radikalismus« gesiegt und Hitler sich in die Reihen seiner »Alten Kämpfer« geflüchtet. Manche freilich meinten, das sei alles nur Theater für das große Publikum gewesen. Hitler sei mit Hjalmar Schacht ein Herz und eine Seele in dem Ziele, das Reichsschiff in ruhige konservative Wasser zu lenken. Wieder andere aber philosophieren, nun seien Schachts Tage gezählt, und der zinsbrechende Programmierer Feder werde auf das raffende Kapital losgelassen. In Wahrheit dürfte es in Nürnberg bei dem Durcheinander und Gegeneinander geblieben sein, das bei aller organisatorischen Geschlossenheit schon immer das innere Wesen des nationalsozialistischen Führerprinzips gewesen ist und bei seiner vollendeten Grundsatz- und Richtungslosigkeit außerhalb der reinen Militärpolitik auch bleiben muß.

Wenn unmittelbar nach dem Parteitag schon wieder eine Führerbesprechung nach München einberufen werden mußte, so ist das Beweis genug, daß die großen Sprüche von Nürnberg nicht eine einzige der inneren Schwierigkeiten auch nur für Tage beheben konnten.

Das plötzliche Aufspringen Hitlers nach dem Schlusse der Reichstagssitzung zu

einer Mahnung an die Disziplin seiner Paladine und die Wiederholung dieses Mahnens durch ein Defilee der Abgeordneten vor dem »Führer« in der Halle des improvisierten Parlamentsgebäudes offenbaren, wie sehr das deutsche Staatsoberhaupt noch immer fürchtet, daß ihm wichtige Teile der Bewegung aus der Hand gleiten könnten. Trotz allem Siegesgeschrei fehlt es an der einfachsten Autorität. Ein Erlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern gibt zu, daß es der höchsten Spitze der Reichsverwaltung bisher nicht gelungen ist, die Parteikommissare in den Gemeinden überall abzuschaffen. Die Gauleiter oder Kreisleiter setzen noch immer willkürlich Bürgermeister ab und segnen irgendwelche Parteikreaturen mit der kommissarischen Betrauung solcher Posten gegen entsprechende Bezahlung. Der Minister hat jetzt ein Ultimatum bis zum 10. Oktober gestellt. Gleichzeitig aber hielt der Oberbürgermeister Dr. Weidemann aus Halle als stellvertretender Leiter des Hauptamtes für Kommunalpolitik, also einer nationalsozialistischen Parteistelle, vor den Kommunalpolitikern in Nürnberg eine Rede, die das genaue Gegenteil der Anordnungen des Ministers, also einer obersten Aufsichtsbehörde sind. Er ver-

langt, daß die Staatsstellen sich in der Personalpolitik den »Parteibeauftragten« in den Gemeinden fügen sollen und kündigt eine nochmalige »Auskämmung« der Staats- und Gemeindeverwaltungen an, »was mancherlei Mißbelligkeiten und Schwierigkeiten aus dem Wege schaffen würde.«

Eine amtliche Kundgebung des Stabschefs der SA, Lutze, muß bekennen, daß es den vereinten Kräften der Reichs- und Parteiführung nicht gelungen ist, den Widerstand des »Kösener S. C.« gegen die Einführung des Arierparagraphen zu brechen. Der Zorn des SA-Gewaltigen kann sich nur in einem Befehl entladen, SA-Mitglieder zu entlassen, die sich weigern, aus ihrer Studentenverbindung auszutreten. Es muß also wohl eine beträchtliche Anzahl Korpsstudenten und Altherren geben, die es wagen, der allmächtig scheinenden Diktatur gegenüber aus freiem Entschlusse zwischen SA und Korps zu wählen, und sie wagten es schwerlich, wenn nicht ihr Einfluß in der Bürokratie wieder fühlbar wäre.

Die Autorität des Führers hat nicht einmal von Nürnberg bis Würzburg gereicht. Trotz seiner Mahnung zur Disziplin und seines Bannfluches gegen Einzelaktionen ist in der fränkischen Bischofsstadt die SA »spontan« vor die Druckerei des katholischen Kirchenblattes gezogen, weil dieses gegen die Sterilisation Stellung nahm. Die Polizei, die des obersten Führers Liebe zur Disziplin in ihrem Sinne auslegte, sperrte nicht etwa die Radabreiter ein, sondern den Kaplan, der das Kirchenblatt redigiert, und den Direktor des Verlages. Das Gaupressamt tat noch ein übriges. Es erließ eine Kundmachung, die besagt, daß der Nationalsozialismus auf Enzykliken und Hirtenbriefe pfeife. Was dem deutschen Volke diene, bestimme allein sein Führer. Jeder Katholik habe sich auch in der Sterilisierungsfrage allein an Hitlers Unfehlbarkeit zu halten.

Neulich schrieb eine englische Zeitung, in diesem Deutschland sei noch alles möglich. Ganz richtig! Unmöglich ist nur, daß dieser Hitler und sein System sich normalisieren, wie noch immer einige Träumer glauben.

Todesstrafe in den Judengesetzen

Hinter den Kulissen der Nürnberger Reichstagssitzung

Die in Nürnberg verkündeten Judengesetze bedrohen den außerehelichen Geschlechtsverkehr zwischen Juden und »Staatsangehörigen deutschen oder arverwandten Blutes« mit Gefängnis- oder mit Zuchthausstrafe. Dabei ist weder eine Mindeststrafe noch eine Höchststrafe festgesetzt. Das ist nicht auf die übliche Liederlichkeit der braunen Gesetzemacherei zurückzuführen — vielmehr ist die Unbestimmtheit dieser Strafandrohung die Folge eines wilden Kuhhandels in letzter Stunde.

Die in Nürnberg vorgelegten Gesetze waren nur einem kleinen Kreis bekannt. Die ursprünglich vorgelegte Fassung kam den Streicherschen Forderungen noch weiter entgegen. Sie enthielt die Erfüllung einer alten Streicherschen Idee, da sie den außerehe-

lichen Geschlechtsverkehr zwischen Juden und Nichtjuden mit dem Tode bestrafen wollte! Noch in letzter Stunde wurde gegen diesen Irrsinn Einspruch erhoben, und es begann nun ein wildes Verhandeln unter Zeitdruck. Das Ergebnis war jene unbestimmte Strafandrohung, die in der endgültigen Fassung enthalten ist.

Dieser Kuhhandel der letzten Stunde war auch die Ursache davon, daß die Gesetze vom deutschen Rundfunk nicht mit den üblichen Tagesnachrichten um 10 Uhr abends, sondern erst gegen Mitternacht mitgeteilt wurden.

Ähnliches scheint jetzt bei den Ausführungsbestimmungen vor sich zu gehen.

menden Donaukonferenz ins Auge faßten, hat die Hitlerpolitik die Gelegenheit am Schopfe erfaßt. Es gehört zu den Wahnsinnigkeiten dieser Zeit, daß man sozusagen künstlich die Aufrüstung von Ländern herbeiführen wollte, von denen zwei, Ungarn und Bulgarien, am ehesten von allen anderen Ländern Europas geneigt sind, mit Hitlerdeutschland gemeinsame Sache zu machen. Es war, als ob alle erst bis an die Zähne bewaffnet werden sollten, damit sich der Krieg auch lohne! Heute ist die sogenannte Front von Stressa so gründlich zerstört wie nur möglich, aber die bösen Begleiterscheinungen von damals wirken weiter! Damals reiste Göring mit Offizieren in Waffen und Bündnissen nach Budapest und Sofia, damals hat er dem bulgarischen König das Versprechen abgerungen, sich nicht an die Balkan-Entente zu binden und hat Gömbös zu jenen Deklamationen über die Front von der Ostsee bis zum Mittelmeer angeregt. Heute wird vollendet, was damals vorbereitet worden ist. Unzweifelhaft sind zwischen Hitler, Göring und Gömbös Abreden über die Luftaufrüstung Ungarns, über gemeinsames Zusammenwirken der deutschen und der ungarischen Luftwaffe getroffen worden. Hitlerdeutschland rüstet sich nicht nur selbst bis an die Zähne auf, es rüstet jetzt auch seine Vasallen! Der korrupte ungarische Nationalismus, der bisher seine Waffen von Mussolini bezogen hat, tritt in eine neue Phase ein, er stattet sich mit deutschen Waffen aus!

Diese militärischen Vereinbarungen und Rüstungsabreden sind eine größere und gefährlichere Realität als die mehr oder weniger spekulativen politischen Bündnisabreden für einen von den Diktatoren herbeigesehnten Eventualfall. In den militärischen Abreden tritt das Bündnis der Ganz- und Halbfaschisten gegen den von Frankreich und England beherrschten Völkerbund sichtbar hervor. Während die der Diktatur unterworfenen Völker unter der wirtschaftlichen Verödung fast zusammenbrechen, organisieren die Diktatoren ein gigantisches Aufrüstungsgeschäft. Es gehört zum Bilde, daß Göring, einer der Gefährlichsten unter den europäischen Brandstiftern, persönlich direkt am Luftrüstungsgeschäft beteiligt ist. Wenn er in Rüstungen reist und Konferenzen über Rüstungen abhält, besorgt er nicht nur die machtpolitischen Geschäfte der Hitlerdiktatur, sondern seine eigenen finanziellen Privatgeschäfte dazu.

Hier wird die Mine geladen, die eines Tages Europa in die Luft sprengen soll. Ueber die Angreifer und Anstifter ist längst kein Zweifel mehr. Wenn Europa durch eine neue Blockbildung zerrissen wird, die einen neuen Erschöpfungs- und Vernichtungskrieg herbeizuführen droht, so ist für diesmal von vornherein kein Zweifel, auf wem die Schuld lastet!

Gegner im Innern

Wir müssen erkennen, daß die Gegner nicht lediglich durch äußere Uebernahme des Staatsapparates zu erledigen sind, denn sie sitzen mit ihren Querverbindungen in allen Zweigen unseres Volkslebens und des Staatsgefüges. Entweder wir überwinden den Gegner oder wir gehen zugrunde. (SS-Gruppenführer Heydrich in seiner Schrift »Wandlungen unseres Kampfes«, Eher-Verlag, Berlin.)

Nationalsozialistische Tariflöhne

In der »Sozialen Praxis« vom 26. September 1935 lesen wir in einer Besprechung der Tarifordnung für das Gastwirtsgewerbe in Nürnberg und Umgebung:

»Erstausnahulich niedrig sind die Sätze für Telefonisten mit 80 Mark und Telefonisten mit »perfekten Sprachkenntnissen« — also mit einer langen Ausbildung und Erfahrung — mit 100 Mark. Ob man bei ihnen wie auch bei den Chauffeuren (100 Mk.) mit Trinkgeldern zur Aufbesserung des Einkommens rechnet? Ganz offensichtlich auf derartige Neben- (oder sogar Haupt-) Einnahmen sind die Mindestsätze für jene unentbehrlichen Mitglieder eines Gastgewerbebetriebes zugeschnitten, die mit dem Publikum ständig in Berührung kommen, werden doch die Zigarrenverkäufer und die wohlbekanntesten Verkäufer auf den Bahnsteigen mit 50 Mark monatlich in die Tarifordnung eingesetzt und die Türsteher mit 75 und das Garderobepersonal und die Toilettenwärter und -wärterinnen gar nur mit 40 Mk.«

»Erstausnahulich niedrig sind die Sätze...« Sie illustrieren anschaulich die Volksgemeinschaft im Dritten Reich, in der die nationalsozialistischen Bonzen mit den Riesengehältern den Arbeitern und Angestellten die vorstehenden Hungerlöhne diktieren.

Danzig vor dem Völkerbund

Das Naziregime in Danzig hat vor dem Völkerbundsrat in Genf eine eklatante Niederlage erlitten. Die Gewaltherrschaft, die der nationalsozialistische Senat in Danzig ausübt, hat anlässlich der Behandlung einer Anzahl von Petitionen Danziger oppositioneller Gruppen in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 23. September eine einstimmige Verurteilung erfahren. Zur Erörterung standen vier Petitionen, die schon seit geraumer Zeit dem Völkerbund eingereicht waren, und zwar die der katholischen Pfarrer, des Zentrums, der sozialdemokratischen »Volksstimme« und der jüdischen Organisationen, in denen über Ungegesetzlichkeiten und Verfassungsbrüche des Danziger Senats Beschwerde geführt wurde. Eine Juristenkommission des Völkerbundes hatte diese Beschwerden eingehend geprüft und sich ihnen weitgehend angeschlossen. Selbst dort, wo das Gutachten der Juristenkommission aus rein formellen Gründen den Beschwerden nicht überall folgte, lehnte sie doch entschieden die nationalsozialistischen Grundsätze ab, über die sich die Petitionäre beschwerten.

Dem Völkerbundsrat lagen Berichte des englischen Ratsmitgliedes Eden vor, die sich mit den Danziger Petitionen beschäftigten und sich den Standpunkt des Juristengutachtens zu eigen machten. Darüber hinaus enthüllten sie eine scharfe Verurteilung der verfassungswidrigen Praxis des Danziger Senats und eine Empfehlung an den Völkerbund, darauf zu achten, daß der Geist der Danziger Verfassung vom nationalsozialistischen Senat innegehalten werde. Eden erinnerte daran, daß der Danziger Senatsprä-

dent Greiser in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 25. Mai 1935 eine Erklärung abgegeben hatte, daß, wenn der Rat, gestützt auf das Gutachten des Juristenkomitees, zu der Schlußfolgerung gelangen sollte, die Verfassung sei in gewissen Punkten verletzt worden, der Danziger Senat seine Haltung ändern und gemäß der Auslegung des Völkerbundsrates geeignete Maßnahmen ergreifen würde. Eden verlangte, daß der Präsident des Senats nun aufgefordert würde, diese Verpflichtung durchzuführen und der nächsten Tagung des Völkerbundsrates einen Bericht über die getroffenen Maßnahmen zu unterbreiten.

In der Sitzung des Völkerbundsrates unterstrich Eden die Gedankengänge seiner Berichte und verlangte, daß die Danziger Regierung in Zukunft die vom Völkerbund garantierte Verfassung nicht nur dem Buchstaben nach, sondern auch dem Geiste nach treu beobachten soll. Ihm schloß sich, was in der Versammlung stark beachtet wurde, der polnische Außenminister Beck an, der gleichfalls an die Zusicherungen des Präsidenten Greiser erinnerte. Auch der französische Ministerpräsident Laval unterstrich die Notwendigkeit für den Völkerbund, die Garantie der Danziger Verfassung wirksam zu machen. Starke Eindrücke übte die große Rede des Danziger Völkerbundsdelegierten Lester aus, in der die Willkürherrschaft des Danziger Senats ausführlich behandelt wurde. Lester unterstrich die Tatsache, daß sich die Vertreter von 50 Prozent der Danziger Bevölkerung beschwerdeführend an den Völkerbund gewandt hätten, und daß es Pflicht der Danziger Regierung sei, nachdem

40 Prozent der Bevölkerung bei den letzten Wahlen ihre Opposition gegen die nationalsozialistische Regierung ausgedrückt hätten, sich an den Geist der Danziger Verfassung zu halten und ihre Energien auf die finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu konzentrieren, die über Danzig hereingebrochen seien.

Dem Danziger Senatspräsidenten Greiser blieb angesichts der allgemeinen Verurteilung seiner Politik nichts anderes übrig, als einen Rückzug anzutreten und entsprechend seiner Erklärung vom 25. Mai die Beschlüsse und Vorschläge des Völkerbundsrates zur Weiterleitung an den Danziger Senat anzunehmen. Das bedeutete die völlige Kapitulation des »schneidigen« Senatspräsidenten vor dem einstimmigen Votum des Völkerbundes. Bemerkenswerterweise wird diese Kapitulation vor der Danziger Bevölkerung wie vor der reichsdeutschen Öffentlichkeit verschleierte und in ihr Gegenteil umgefälscht. Sowohl die Danziger Nazipresse wie die Presse im Reich macht die größten Anstrengungen, die Niederlage des Danziger Senats — in eine Niederlage der Petitionäre und des Völkerbundsdelegierten Lester umzulegen! Dieser Vorgang verdient stärkste Beachtung, da er deutlich zeigt, wessen man bei der Durchführung der von Greiser in Genf übernommenen Verpflichtungen gewärtig sein muß. Es wird Pflicht des Völkerbundsrates sein, der jetzt seine Garantie der Danziger Verfassung vor aller Welt feierlich unterstrichen hat, darüber zu wachen, daß die Genfer Beschlüsse auch wirklich durchgeführt werden.

Ein zweites Mal nicht wieder!

Die einjährige Wiederkehr des Inkrafttretens des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit nimmt der Dr. Ley zum Anlaß, um im Zentralorgan des Bundes nationalsozialistischer Juristen, »Deutsches Recht«, über das Gesetz zu schreiben. Für die deutsche Arbeiterschaft brachte dieses Machwerk nationalsozialistischer Sozialpolitik die völlige Zertrümmerung des Tarifwesens, der Betriebsräte und der Arbeitsgerichte. Sie wurde im Betrieb der Willkür des Unternehmers ausgeliefert, der durch das Gesetz zum Betriebsführer ernannt wurde. Ein dekorativer Vertrauensrat und schillernde Phrasen über die Ehre der Arbeit, die in der Errichtung von »sozialen Ehrengerichten« gipfelten, sollten die schamlose Entrechtung der Arbeiter verhüllen.

Daß die einjährige Wirksamkeit des Gesetzes etwa hier und da aufgekommene Illusionen zerstört hat, dafür ist die wachsende Gärung unter den Betriebsarbeitern ein unwiderlegbarer Beweis. Das Unternehmertum — durch das nationalsozialistische Regime wieder ganz Herr im Hause geworden — nützt seine Stärke gegenüber den Arbeitern rücksichtslos aus. Mit steigendem Unbehagen verfolgen die nationalsozialistischen Führer die Auswirkungen ihres Gesetzes auf die Arbeiterschaft. In dem angezogenen Artikel des Dr. Ley — in dem eingestanden wird, daß der ganze Volksgemeinschaftsnebel sich in der Wirklichkeit der kapitalistischen Produktion auflöst — kommen auch die bösen Ahnungen zum Ausdruck, die die Führer des Dritten Reiches zuweilen befallen. Ley schreibt:

»Wir selbst wissen, daß das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit zu früh gekommen ist... Aber wir haben es nun einmal gewagt — und wir werden diesem Gesetz die nötige Geltung verschaffen. Wir konnten die Menschen für dieses Gesetz nicht erst erziehen und schulen. Könnte das Gesetz — und das ist eine große Gefahr — so sabotiert werden, daß der Arbeiter das Vertrauen dazu schließlich ganz verlore: Ein zweites Mal könnten wir diesen Gedanken der Arbeitsgemeinschaft dem deutschen Volke nicht wieder präsentieren, ein zweites Mal könnten wir vom Vertrauensrat und sozialer Ehre nicht wieder reden... Wer dieses Gesetz bewußt sabotieren will und es nicht braucht, ganz gleich, auf welcher Seite, ist ein Verbrecher am Volk!...«

Auch die »Soziale Praxis« unterstreicht, daß die Folgen eines Mißlingens des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit in der Tat so unabsehbar wären, daß jeder dazu beitragen muß, daß der große Wurf des AOG bald und restlos gelingt. Das sind für die nationalsozialistische Führerclique gewiß schlimme, aber begründete Ahnungen. In dem Bewußtsein der

deutschen Arbeiter ist der »große Wurf« bereits mißlungen. Es ist nur die Frage, wann die Folgen im Zusammenhang mit anderen den Widerstand gegen das Terrorregime so verstärken, daß er zu einer ersten Gefahr für die faschistischen Diktatoren wird.

Schulungslager — ein Schwindel

Der braune Terror hat neben den wegen ihrer Gesinnung Verfolgten eine große Zahl anderer Menschen veranlaßt, Deutschland zu verlassen. — die sogenannten Wirtschaftsemigranten. Ihre Hoffnung auf Gründung einer neuen Existenz schlug dann meist fehl, wenn sie nicht große Kapitalien mit sich führten. Viele entschlossen sich zur Rückkehr. Göring als oberster Chef der Gestapo hatte ihnen eine gute Aufnahme versprochen, wenn sie, die »veringstigten Volksgenossen«, sich im Ausland gut geführt und sich jeder »Hetze« ferngehalten hätten. Sie waren wirklich meist so verängstigt, daß sie sich von den »politischen« Emigranten fernhielten, oft sogar die politische Kleinarbeit störten und Deutschland als das Land der Ruhe und Ordnung schilderten. Zu Beginn dieses Jahres wurde plötzlich eine größere Zahl derartiger Rückwanderer verhaftet. Der »Völkische Beobachter« meldete, daß Rückwanderer, die nach dem 28. Januar 1935 zurückkehrten, in ein Schulungslager gebracht werden, damit sie Gelegenheit haben würden, das »neue nationalsozialistische Deutschland« kennenzulernen, von dem sie keine richtige Vorstellung haben können, weil sie durch die Lektüre der Auslandspresse vergiftet seien.

Seitdem ist es um diese Menschen still geworden. Länger als sechs Monate sitzen sie fast ausnahmslos — Frauen und Männer — in den Lagern. Entlassungsgesuche werden abgelehnt, auch wenn sie sich verpflichten, sofort wieder ins Ausland zu gehen, so daß sie eigentlich keiner »Schulung« mehr bedürfen.

Sie sitzen in den Konzentrationslagern. Einwandfrei steht fest, daß in Deutschland kein »Schulungslager« eingerichtet worden ist. Sie sitzen zusammen mit den politisch Verdächtigen, mit den »Rasseschändern« und mit den Untersuchungshäftlingen in politischen Strafsachen, für die in den ordentlichen Untersuchungsfällen kein Platz vorhanden ist. Sie werden genau so »verzogen«, wie alle anderen Konzentrationslagerinsassen, gequält, geschunden, gemartert, den Tod täglich vor Augen. Sie leiden, weil sie den Worten des preußischen Ministerpräsidenten vertraut haben, die öffentliche Meinung schweigt, weil sie bisher der amtlichen Nachricht getraut hat, es gäbe Schulungslager, in denen

sinngemäß die Inhaftierten anders behandelt würden, als im Konzentrationslager.

Ein neuer Nazischwindel ist geplatzt. Die politische Emigration wird aus dieser Erkenntnis neue Schlüsse zu ziehen haben.

Wer darf schimpfen?

Spontane Zornausbrüche unerwünscht

Ein Zuhörer im Bielefelder Amtsgericht brach nach der Urteilsverkündung in die Worte aus: »Die Reaktion lebt noch!« Der Mann wurde wegen öffentlicher Beleidigung angeklagt. Zu seiner Verteidigung führte er an, die Entscheidung des Amtsrichters sei mit der nationalsozialistischen Auffassung unvereinbar gewesen und habe zur Kritik herausgefordert. Das Schöffengericht erkannte diese Begründung jedoch nicht an und verurteilte den Angeklagten zu 250 Mk. Geldstrafe.

Es ist für die Pg.'s nicht leicht, sich in »ihrem Staat« zurechtzufinden. Die nationalsozialistischen Zeitungen stänkern alle paar Tage einen mißliebigen Richter an, der nach dem Gesetze rechtszusprechen wagt; die nationalsozialistischen Redner versichern immer wieder, man werde Herren dieser Art in allernächster Zeit zerschmettern; »der Führer« selbst drohte nach der Nürnberger Gesetzesverkündung ziemlich unverhüllt, er werde seine SA auf Juden und Richter loslassen, falls der Justizapparat nicht im Sinne Streichers funktioniere. Sobald aber ein kleiner Pg. das nachzubeten wagt, was seine Zeitungen und Führer ihm vorgebetet haben, wird er in Strafe genommen. Wehhalb? Weil der Volkzorn für die Fälle reserviert werden muß, in denen er laut Befehl und nach vorheriger gründlicher Uebung loszubrechen hat.

Unbekannte Soldaten der Freiheit

»Dem Offsetdrucker, gelernten Stein-drucker Willy Albers, geb. 15. Juli 1891 in Euba bei Chemnitz, wohnhaft Chemnitz-Hilbersdorf, Frankenbergr. 62a, II., zuletzt beschäftigt in der Firma Körner & Lauterbach, Chemnitz (Sachsen), Lohstr. 17, ist wegen staatsfeindlicher Gesinnung die deutsche Staatszugehörigkeit aberkannt worden. Kein deutscher Arbeiter oder Betriebsführer wird in Zukunft mit diesem Staatsfeind noch irgendwelche Gemeinschaft halten.«

In fetten Lettern erscheint die Achtungserklärung in der Fachpresse der Reichsbetriebsgemeinschaft Druck. Die Achtung trifft diesmal nicht einen sogenannten Prominenten der Politik, sondern einen der hunderttausenden unbekannteren Soldaten der Freiheit, die drinnen und draußen unter Einsatz ihres Lebens für das andere Deutschland leben und sterben.

Deutsche Streiflichter

Antreten zur Winterhilfe!

Alle Berichte aus dem Reiche stimmen in einem überein: die Stimmung ist miserabel: Wer daran zweifeln wollte, würde durch die Art überzeugt werden, mit der heuer das Winterhilfswerk vorbereitet wird. Von dem vertrauensvollen Schwung auf die allgemeine Opferwilligkeit der ersten beiden Jahre ist keine Spur mehr vorhanden. Jeder Schein von freiwilliger Spende wird preisgegeben. Uebrig bleibt eine Zwangsteuer, die mit allen Mitteln des Terrors und der Denunziation eingetrieben werden wird. Die genaue Kontrolle wird durch »Monats-Türplaketten« ermöglicht, die nur dann ausgehändigt werden, wenn die vom Reichs- und preussischen Minister des Innern vorgeschriebenen Beiträge abgeliefert sind. Diese sind bei allen Steuerpflichtigen, auch bei den Kapitalgesellschaften genau vorgeschrieben. Im Allgemeinen sind es 10 v. H. der Einkommensteuer, was schon eine fühlbare Entlastung ist. Aber auch die Allerärmsten, die nicht zur Einkommensteuer veranlagt sind, sollen zur Spende mit herangezogen werden. 25 Pfennige monatlich sollen sie herausrücken. Da die Beiträge für ein halbes Jahr erhoben werden, hat also auch jeder, der später Zuwendungen von der Winterhilfe erhält, RM 1.50 in die allgemeine Kasse zu zahlen. Hoffen wir, daß die armen Leute den zehn- oder zwanzigfachen Betrag wieder erhalten und die Winterhilfe nicht wieder in vielen Fällen aus Kartoffeln von einer Qualität besteht, die für Schweinefutter nicht gut genug waren.

Täglich wird jetzt übrigens in den deutschen Zeitungen vor »Unterstützungsjägern« gewarnt und die allgemeine Achtung und Aushungerung denen angedroht, die sich ihre Winterkartoffeln nicht durch Hilfsarbeit bei den Bauern verdienen. Das alles zeigt, daß es diesmal mit der Winterhilfe mühsam aussieht.

Die Saaremigranten.

Für viele der Saarflüchtlinge kommen nun sehr schwere Tage, den die Lager in Südfrankreich befinden sich in Auflösung. Man wird der französischen Regierung nicht vorwerfen können, daß ihr das Schicksal der Emigranten gleichgültig gewesen wäre, die in jenen eisigen Januartagen bei Forbach und bei Saargemünd mit Frauen und Kindern und einigen rasch zusammengerafften Habwägigkeiten über die Grenze nach Lothringen gingen. In den seitdem verfloßenen acht Monaten ist in Frankreich für die Saaremigranten viel geschehen. Eine von Sozialdemokraten besetzte Beratungsstelle in Forbach hat sich ebenfalls in vielen Fällen um die Saaremigration verdient gemacht. Aber nun erlahmt allmählich die Hilfe. Es ist naturgemäß unmöglich, daß die Emigranten dauernd ohne Gegenleistung verpflegt werden. Man gibt den meisten von ihnen die Arbeitskarte für Frankreich, aber damit ist ihnen leider oft genug nicht geholfen, weil die geeigneten Arbeitsplätze fehlen. Das gilt insbesondere für ältere Leute, die entweder nie hart körperlich gearbeitet haben, oder denen doch jetzt die Kräfte dazu fehlen. Es kann beim besten Willen nicht jeder auf dem Felde oder im Steinbruch arbeiten. So tritt die schwere Sorge, die vorher schon tausende und tausende Emigranten aus dem Reiche bedrückte, nun auch an die Saarflüchtlinge heran.

Nach französischen Angaben sollen übrigens nicht weniger als 3000 Saaremigranten wieder in ihre Heimat zurückgekehrt sein. Etwa 600 wurden, weil es sich um »berufsmäßige Arbeitslose« oder ähnliche unpolitische »Emigranten« gehandelt haben soll, aus Frankreich abgeschoben. Zur Zeit sollen noch 12.000 Saaremigranten in Frankreich leben, von denen aber nur 3000 unterstützungsbedürftig seien. Merkwürdig ist, daß nach derselben französischen Quelle nur diejenigen Saaremigranten, die aus ihren eigenen Mitteln leben, einen Nansenpaß erhalten sollen. Die französische Regierung sollte bei ihrer bisherigen Großzügigkeit bleiben und dem Nansenpaß jedem Saaremigranten geben, der sich in Frankreich nicht kriminell verhalten hat. Die manchmal bis zur Schikane gesteigerte Vorenthaltung von gültigen Legitimationspapieren gehört zu den schwersten seelischen Belastungen der Emigration.

Für »Kaisers Otto«.

Bisher schweigt die katholische Emigration. Keiner der Führer des Zentrums, soweit sie das Dritte Reich verlassen haben, hat zu irgend einer politischen Kundgebung das Wort genommen. Prälat Kaas ist päpstlicher Priester in Rom. Man las neulich, daß er ein ihm verwandtes junges Paar zur Ehe eingeseget hat. Zur innerdeutschen Politik, in der von den Nazis noch häufig sein Name genannt wird, bleibt er stumm. Von Hein-

Streicher macht Außenpolitik

Deutschland sinkt immer tiefer

Pressemeldungen zufolge wurde im Auswärtigen Amt eine »Reinigung« vorgenommen, von der vor allem der bedeutende Kenner osteuropäischer Fragen und Chef der Abteilung für Osteuropa, Dr. Meyer, betroffen wurde. Es ist überaus bezeichnend, daß Streicher in seinem »Stürmer« schon wiederholt Angriffe gegen Dr. Meyer gerichtet hatte, die so gemein und hinterhältig waren, wie das ganze Schandblatt der verrotteten Psychopathen des Regimes ist. In einer Briefkasten-Notiz des »Stürmer« war zu lesen:

»A. S. Frankfurt a. M.: Ihre etwas kühne Vermutung, daß der Ministerialdirektor Meyer im Auswärtigen Amt, Berlin, mit den Gründern der »Meyers Likörfabrik« verwandt sei, trifft nicht zu. Ministerialdirektor Meyer hatte vielmehr das für manche deutsche Industriezweige lebenswichtige Sowjetreferat...«

Es folgt nun die Familiengeschichte Dr. Meyers, wobei nicht oft genug dessen jüdische Abstammung betont werden kann. Dann heißt es weiter:

»Herr Meyer... gilt als einer der gewandtesten und einflussreichsten Beamten im Auswärtigen Amt, weshalb es ihm auch gelang, im Februar 1933 dort den für die Zukunft entscheidenden Posten des Personalreferenten zu erringen. Ohne seine Vorarbeit und ohne seinen Vortrag kann zur Zeit kein Botschafter, Konsul oder Gesandter des deutschen Reiches ernannt werden. Ihre Anfrage war also abwegig.«

rich Brüning hört man gelegentlich, daß er da und dort im Auslande auftaucht. Zu den deutschen Fragen hüllt er sich in Schweigen. Dr. Joseph Wirth war einmal einer der redgewaltigsten Kämpfer gegen den Faschismus. Auch er ist, obwohl er sich frei im Auslande bewegt, ganz verstummt. Nur einmal hörte man von ihm: als er einen dicken Strich zwischen sich und den Emigranten zog. Wir glauben nicht, daß das irgendwo und bei irgendwem sein Ansehen gehoben hat. Nicht einer der emigrierten Katholikenführer hat im Saarkampfe eindeutig Stellung genommen. Nur ein katholischer Arbeiterführer, der seit Jahrzehnten aus seiner Gewerkschaftsarbeit mit den Saarkumpeln verbunden war, hat sich in die Front »Für Deutschland — gegen Hitler« gestellt. Er ist damals und jetzt isoliert geblieben. In Holland erscheint zwar ein Blatt für deutsche Katholiken im Auslande »Der deutsche Weg«, das sich aber auch immer wieder dagegen wehrt, als ein Kampfblatt der deutschen Emigration bezeichnet zu werden, und man muß der Zeitung auch zugestehen, daß sie sich Mühe gibt, ihre Straße mit Sanftmut zu wandeln.

Da wird nun auf einmal von Oesterreich her ein neuer bewußt »politischer Katholizismus« zur »illegalen Arbeit« angemeldet. Rufer ist der Wiener »Christliche Ständestaat« (Nr. 38), und er legt auch gleich los gegen die »jüdisch-marxistische Emigration«, mit der man sich nicht auf eine Linie drängen lassen dürfe. Der neue politische Katholizismus werde voller Hoffnung auf Wien blicken. Er werde katholisch radikal sein, ohne Kompromiß, ohne Zwischenlösung, für katholische Totalität gegen un-katholische Staatsideen, und die katholische Staatsidee, die der »Christliche Ständestaat« proklamiert, ist der deutsche föderative Ständestaat einer habsburgischen Monarchie.

Registrieren wir diese Ankündigung einer Illegalität des politischen Katholizismus. Es ist zweifelhaft, ob zur Zeit mehr dahinter steckt als der Wunsch bedrängter Austrofaschisten, von Deutschland her Luft zu bekommen. Damit ist nicht gesagt, daß die habsburgische Kaiseridee nicht auch in Deutschland mehr einflussreiche als zahlenmäßig starke Anhängerkreise gewinnen könnte, wenn der Konflikt zwischen dem Hitlerstaate und dem Katholizismus anhält. In so bewegten Zeiten muß man ständig sehr aufmerksam in die Runde blicken, wenn man sich nicht überraschen lassen will.

Hannes Wink.

Schachts englische Pleite

Die seit Wochen laufenden Verhandlungen einer Gruppe maßgebender Finanzhäuser Londons mit Schacht über eine mittelfristige Anleihe im Betrage von etwa 10 Millionen £, die sowohl in Berlin wie in London geführt wurden, sind gescheitert. Es sollte ein in der ganzen neueren Finanzgeschichte ungewöhnlich hoher Zinsfuß festgesetzt werden. Dem Verlangen der Engländer entsprechend, hatte Schacht einen Zinsfuß von nicht weniger als 12 Prozent bereits be-

wer lost hier nicht den Haß über dieses Hindernis nationalsozialistischer Postenjäger heraus? Wer entnimmt diesen Zeilen nicht, mit welcher Wollust man gewissen Industrien »das lebenswichtige Sowjetreferat« nehmen will? Wer erkennt hier nicht gleich, daß Meyer als ein Hemmnis des nationalsozialistischen Antisowjetismus gefallen ist?

Man sagt Jude und meint Gegner der Postenjäger und Feind des primitiven Antibolschewismus wildgewordener Spießer. Bisher hat man immerhin noch versucht, eine Frontkämpfermystik zu wahren und hat infolgedessen bei allen solchen Maßregelungen (wenigstens in den großen Versprechungen) einen Unterschied zwischen Frontkämpfern und anderen Juden gelten lassen wollen, immer offenkundiger erweist sich jetzt aber, daß nicht das Fronterlebnis, sondern ganz andere Erlebnisse die Handlungen dieses Regimes bestimmt haben. Die Frontkämpfermystik ist angesichts der Mißhandlung fast der gesamten Nation kläglich zusammengebrochen. Der Unterschied wird — zugegebenermaßen — nicht mehr gemacht! Es bleibt nur noch die geheimnisvolle Stimme des Blutes, aus der heraus all die Verbrechen von heute »gerechtfertigt« werden. Wie herrlich hat doch Hegel die Streicher und Co., die Blutmystiker und Zyniker charakterisiert.

willigt. Es steht zwar nicht fest, ob eine solche Verzinsung für die ganze Dauer der Anleihe gewährt werden sollte. Tatsache ist jedoch, daß Schacht auf diese ungewöhnliche Bedingung eingegangen war. Ebenso steht fest, daß vom englischen Schatzamt keine währungstechnischen Einwendungen erhoben worden sind. Wenn die Anleihe trotz dieser ungeheuerlichen Zugeständnisse Schachts schließlich doch gescheitert ist, so einzig und allein an dem Widerspruch des Foreign Office. Für die Ablehnung der Anleihe durch das Auswärtige Amt waren ausschließlich politische Gründe maßgebend. Die Gewährung der Anleihe an Deutschland hätte, so wird erklärt, im Auslande Mißverständnisse über die politischen Motive Großbritanniens hervorrufen können. Die Londoner Citykreise, die im Verlaufe der Verhandlungen eine große Hilfsbereitschaft für den deutschen Schuldner gezeigt hatten, um größeren Schaden zu verhüten, wollen wissen, daß manche Züge des deutschen Systems, die das Ausland unangenehm berühren, demnächst de facto, wenn auch nicht de jure abgemildert werden sollen. Der Januskopf Schacht, der sich eben erst in Nürnberg als hundertprozentiger Nazi und Antisemit vorgestellt hat, plant offenbar, die Londoner City in der Judenfrage noch einmal zu bluffen. Vorläufig wird wohl Schacht einige Zeit brauchen, um sich von dem Schreck der Ablehnung seiner Anleihe zu erholen, bevor sein angekündigter Besuch in London stattfinden wird. Die Studenten der London school of economics, denen Schacht einen Vortrag halten wollte, dürften kaum einen Verlust an Wissen erleiden, wenn sie nun darauf verzichten müssen, sich von dem faschistischen Wirtschaftsdiktator beschwatzen zu lassen.

Aus dem braunen Sumpf

Die Stadt Hildesheim hat Dutzende von braunen Korruptionsfällen erlebt. Der letzte Fall ist der des nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Bürgermeisters und Bezirksleiters Schmidt-Hildesheim, eines besonderen Günstlings des Gauleiters und Erziehungsministers Rust. Als seine Schweinereien öffentlich wurden, besaß er die Kühnheit zu klagen. Der Prozeß dauerte 3½ Wochen, er endete mit einer Entlarvung des braunen Bonzen. Der offizielle Gerichtsbericht beschönigte diesem einst einflussreichsten Mann Hildesheim, daß »nach der Feststellung des Staatsanwalts bezüglich des Nebenklägers Schmidt sämtliche Beweisanträge gegliückt seien«. Nach der Anklageschrift wollen wir kurz feststellen, wie Schmidt seine kurzen Tage und langen Nächte verbrachte: er hat 10.000 Mk. Schulden ohne genügende Belege, ¼ Jahr lang hat er sich die Parteibeiträge von einem Dritten zahlen lassen, Erpressung eines guten Leumundzeugnis von dem Hauptmann a. D. Steinmeyer, nächtelang war er dem Alkohol in der Stadtschenke, dem Württemberger Hof und dem Deutschen Haus ergeben, leistete sich eine teure und üppige Wohnung in dem vornehmsten Viertel, 600 Mk. Anteilsscheine der Nazi-Zeitung hat er ohne Belege verausgabt, er hat einen Nachrichtendienst

als er in seiner Phänomenologie des Geistes schrieb: »Indem jeder sich auf sein Gefühl, sein inwendiges Orakel beruft, ist er gegen den, der nicht übereinstimmt, fertig; er muß erklären, daß er dem nichts weiter zu sagen habe, der nicht dasselbe in sich finde und fühle — mit anderen Worten —, er tritt die Wurzeln der Humanität mit Füßen.«

Der Marxismus ist stolz darauf, in Hegel seinen bedeutendsten geistigen Wegbahner zu besitzen. Aber selbst ein Hegel kann nicht so groß sein, wie ein Streicher dekadent ist, und so bleibt uns doch noch ein großer Rest an Schmerzen zu tragen, wenn wir im Jahre 1935 erleben müssen, daß ein Streicher die deutsche Außenpolitik macht und das Organ dieses Auswärtigen Amtes der »Stürmer« ist, der die tiefste Erniedrigung darstellt, die der deutschen Geschichte widerfahren ist.

Daß der »Stürmer« nun auch die Hohheitsbereiche des Auswärtigen Amtes stürmt, kann jedoch die gute Wirkung nach sich ziehen, daß gewisse Kreise, die bisher in der Illusion lebten, sie werden verschont bleiben, sich vor die Alternative gestellt sehen: Kampf oder Untergang. Streicher hat also auch die wichtige Funktion, die Fronten klarzustellen. Insofern macht er also nicht nur Außen-, sondern auch Innenpolitik.

organisiert, um den Oberbürgermeister Dr. Ehrlicher von seinem Posten zu verdrängen und sich selbst dafür vorzuschlagen, Photos seiner alkoholischen und sittlichen Exzesse bei »Wein, Weib und Gesang« wurden von den Zeugen auf den Gerichtstisch gelegt, die man nicht einmal andeuten kann. Daß dem Schmidt Verfehlungen im Amt, unkorrekte Amtsführung, üble Nachrede und Beleidigungen nachgewiesen wurden, sei nebenbei bemerkt. 120 Zeugen marschierten in diesem Prozeß auf und offenbarten die nationalsozialistischen Zustände in Hildesheim und zeigten vom Glanz und Ende eines braunen »Arbeiterführers«. Die Polizei mußte dann auch zum persönlichen Schutz des Schmidt aufgebieten werden, so »gern« hatte ihn die Hildesheimer Bevölkerung. Wie gesagt, das ist nur eine Auswahl aus dem Musterkoffer der NSDAP in Hildesheim. Dabei hat Schmidt besonders den Feldzug gegen die angebliche Mißwirtschaft der »14 Jahre« geführt. »Wir werden schon in den Saustall hineinleuchten! Wir werden mal ausmisten. Rücksichtslos werden wir durchgreifen«, so deklamierte er. Keine Mißwirtschaft, keine Korruption der »Roten« hat er aufdecken können. Nicht einen einzigen Fall. Dagegen ist Schmidt auf der Strecke geblieben...

»Lieber Jesu, wir sind hier!«

In Affolterbach im Odenwald kam es am 14. Juli zu einer schweren Störung der Feier der Einführung des Pfarrassistenten Aschoff. Eine stattliche Gemeinde füllte das Gotteshaus, obwohl Bürgermeister wie Ortsgruppenleiter die Anweisung gegeben hatten, diesen Gottesdienst nicht zu besuchen. Die Einführung verlief ohne Störung. Aber mitten in der Predigt des Neugeführten wurden plötzlich von unbefugten Händen die Glocken geläutet. Dann zogen einige Kommandierte, einige Neugierige und einige Nichtsahnende, an der Spitze der Ortsgruppenleiter in Uniform, in die Kirche ein. Ihnen folgte Oberlandeskirchenrat Olf in Begleitung eines landesbischoflichen Gegenkandidaten, ging geradeswegs zum Altar und rief in die Kirche hinein: Wir singen das Lied: »Lieber Jesu, wir sind hier!« Diese unerhörte Störung führte zu einer allgemeinen Verwirrung. Zwischenrufe flogen hin und her. Ein Herr vom Staatstheater Darmstadt verdrängte den Organisten und spielte. Um dem beschämenden Schauspiel ein Ende zu machen, verließen die Pfarrer Grein und Aschoff und der größte Teil der Gemeinde das Gotteshaus. Während nun drinnen die Einführung des landesbischoflichen Kandidaten vor sich ging, wurde draußen die Einführungsfeier Aschoffs zu Ende geführt. Der Kirchenvorstand bestätigte noch am Nachmittag desselben Tages seinen früheren Beschluß, an Aschoff als dem Pfarrer der Bekennenden Kirche festzuhalten. Am 17. Juli erhielt dieser auf Anordnung des Geh. Staatspolizeiamtes Darmstadt den Ausweisungsbefehl für den Bereich des Kreises Heppenheim.

Ausbau der Kriegswirtschaft

Auf der Elektrotagung in Saarbrücken, die in den letzten Septembertagen stattfand, hielt Schacht eine Rede, die mit unübertrefflicher Klarheit das Wesen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik darlegte:

»Wir müssen alle Kräfte anspannen für das große Ziel, das uns unser Führer gesteckt hat und dessen Erreichung uns Willens- und Glaubenssache ist: die Wiedergewinnung deutscher Freiheit in staatlicher, sozialer und wirtschaftlicher Beziehung.«

Die »staatliche Freiheit« ist nun aber nichts anderes als die »Wehrfreiheit«, die wirtschaftlich erst erlangt ist, wenn Deutschland im nächsten Kriege vor den Folgen der Blockade geschützt und vor den Zerstörungen des Krieges selbst möglichst gesichert ist. Diesem letzteren Zweck dient einmal die ungeheuer kostspielige Verlegung besonders der kriegswichtigen Industrien von den gefährlichen Grenzen weg ins Innere, also die Verlegung vom Westen nach Mitteldeutschland. Dieser folgt jetzt die, wie Schacht wörtlich sagt, »Wehrhaftmachung der deutschen Energieversorgung«. »Die Sicherheit«, proklamiert Schacht, »muß bei der Kompliziertheit unserer wirtschaftlichen Verhältnisse voranstehen. Die Sicherheit im Kriege natürlich. Die Erzeugungs- und Verteilungszentralen müssen so angelegt werden, daß sie einmal von feindlichen Angriffen möglichst bewahrt sind, zweitens so, daß für etwaige zerstörte Anlagen andere sofort eintreten können. Die sogenannte Verbundwirtschaft muß schon im Frieden für den militärischen Bedarf ausgebaut, unter rein militärischen Gesichtspunkten organisiert werden.

»Das Versorgungsnetz muß so ausgestaltet sein, daß auch bei größeren Ausfällen einzelner Energiequellen die wirtschaftliche Produktion ohne größere Störungen, ja möglichst störungsfrei durchgeführt werden kann. Ein Zusammenarbeiten und Ineinanderarbeiten der verschiedenen Energiequellen ist für diesen Zweck unerlässlich. Darum kann die Aufsicht über die Energiewirtschaft letzten Endes nur in einer zentralen Hand liegen, die diesen allgemeinen Gesichtspunkt zuverlässiger und ungestörter Versorgung der deutschen Produktion im Auge behält. Diese Aufgabe darf keinesfalls durch Hervordrängung lokaler Interessen gefährdet werden.«

Ein staatliches Monopol lehnt Schacht aber ab. Das würde die Interessen der Privatkapitalisten stören, und ausführlich zählt er all die abgestandenen Argumente gegen die »Sozialisierungsgesetze der Systemzeit« auf, obwohl selbst ihm nicht unbekannt sein dürfte, welchen großen Anteil die systematische Arbeit des Reichs Preußens und der großen Kommunen an den großen Fortschritten der Elektrifizierung in der Zeit nach dem Kriege gehabt hat. Aber die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik will unter keinen Umständen an der kapitalistischen Ausbeutung etwas ändern, selbst da nicht, wo es sich um Befriedigung der dringendsten allgemeinen gesellschaftlichen Bedürfnisse handelt. Die Schranke für das Kapital ist für sie nicht das gesellschaftliche, sondern nur das militärische Bedürfnis. Deshalb wird in einem neuen Energiewirtschaftsgesetz, das Schacht ankündigt, die »Unterordnung der gesamten Energiewirtschaft unter die Reichsführung« bestimmt. Diese wird dafür zu sorgen haben, daß die »Mobilisierung der Elektrizitätswirtschaft« unter einem obersten Gesichtspunkt, dem der Kriegsbereitschaft, erfolgt.

Es ist nun überaus bezeichnend, daß diese rücksichtslose Proklamierung der Unterordnung der Wirtschaft unter die militärischen Bedürfnisse mit immer größerer Offenheit erfolgt. Die Erziehung der Kriegsbereitschaft ist das hehre Ideal, für das alle Opfer gebracht, alle Entbehrungen in Kauf genommen werden müssen. Die Handelspolitik entblößt Deutschland immer mehr von Lebensmitteln? Was tuts, wenn wir nur die Zufuhr der Rohstoffe für die Rüstungsindustrie sicherstellen. »Bestimmend für die Einführung des Neuen Planes«, des Schacht'schen Außenhandelsmonopols, befiehlt uns der Reichsbankdirektor und Generalreferent im Wirtschaftsministerium, Dr. Blessing, war »der Wille, unser Schicksal selbst in der Hand zu behalten.« Und dieses »Schicksal« wie es die natio-

nalsozialistische Außenpolitik sich einmal zu gestalten anschickt, erfordert eben die Einfuhr der Rüstungsrohstoffe. »Die für Arbeitsbeschaffung und Wehrprogramm notwendigen Rohstoffe, wie auch für die Ernährung unerlässlich (!) erforderlichen Fette und Futtermittel konnten sichergestellt werden«. Freilich ganz ist das Ideal, die Einfuhr für die unerlässlich erforderlichen Futtermittel für das Kanonenfutter zu beschränken und im übrigen nur Rüstungsrohstoffe zu importieren, noch nicht erreicht:

»Allerdings haben sich die im Inland vorhandenen Rohstoffvorräte im Laufe des letzten Jahres weiter verringert. Ferner hat sich die Verschuldung auf den Verrechnungskonten bis April auf rd. RM 500 Mill. erhöht. Von diesem Zeitpunkt an ist eine weitere Steigerung nicht mehr eingetreten, und in den letzten Wochen sogar eine leichte Abnahme.«

Freilich, auch sonst zeigen sich einige Schwierigkeiten:

»Der »Neue Plan« konnte nicht restlos und nicht überall eingeführt werden. Auf Grund von handelspolitischen Verträgen mußten wir zunächst noch Einfuhren zulassen, die an sich der inneren Logik des Planes widersprachen. Auch heute noch sind wir aus handelspolitischen Gründen gezwungen, Waren hereinzulassen, die nicht unbedingt benötigt werden, z. B. Apfelsinen aus Spanien, Früchte aus der Türkei, gewisse Fertigwaren aus England. Wenn wir diese Produkte nicht hereinnehmen, liefert uns Spanien auch keine Erze, die Türkei keine Baumwolle, England keine Kammschiffe und keine anderen von uns begehrten Waren. Dagegen konnten alle sonstigen Lücken des Planes mehr und mehr abgedichtet werden.«

Vom Standpunkt der Kriegswirtschaft ist es eben ein Unglück, daß überhaupt noch irgendetwas, außer Kupfer, Mangan und Schießbaumwolle, für das schöne Geld hereinkommt. Es sind verschleuderte Devisen, uns abgepreßt von den Feinden.

Das Schlimmste ist allerdings, daß die von Blessing konstatierte Schuldenmacherei ihre Grenzen hat. Dem Blessing freilich kommt es nämlich infolge seines langen intimen Umgangs mit Schacht gar nicht erst in den Sinn, daß der Gläubiger einen Anspruch auf Rückzahlung des Geborgten hat. Schulden sind für diesen deutschen Wirtschaftsführer zuerst und vor allem ein Erpressungsmittel und darin erblickt er ihre — Lichtseite:

»Eine Lichtseite insofern, als die Gläubigerländer darauf bedacht sind, ihre Einkäufe in verstärktem Maße nach Deutschland zu legen, was bei der heutigen Boykottstimmung in gewissen Kreisen des Auslandes unserem Export zugutekommt.«

Leider gibt es auch eine Schattenseite: »Eine Schattenseite insofern, als die fremden Exporteure infolge des langen Wartens auf den Geldesingang bei Lieferungen nach Deutschland zögern, uns diejenigen Waren zu verkaufen, die wir dringend benötigen, weil Kautschuk, Metalle, Holz usw.

usw. einen Weltmarktpreis haben und überall in der Welt gegen bar abgesetzt werden können.«

Man merkt die edle Entrüstung: die Elenden wollen für ihre Waren bezahlt werden! Im übrigen ist — wörtlich — »diese Verschuldung nicht tragisch zu nehmen, weil sie praktisch an Stelle des früher üblichen Einfuhrkredits getreten ist.« Daß diese »Kredite« gegen den Willen und ohne Zustimmung des Partners erzwungen worden sind, spielt für diesen Reichsbankdirektor keine Rolle.

Sein Schmerz ist zu begreifen. Es wäre zu schön, wenn sich das Kaufen ohne zu zahlen in alle Ewigkeit fortsetzen ließe. War es doch eigentlich die lichteste Lichtseite des »Neuen Planes«, eine Methode darzubieten, durch die man schon im Frieden den Feinden das auferlegen konnte, was man früher nur im Krieg tun konnte: nämlich Requisitionen. Denn wenn diese nicht mehr möglich sind, dann bleibt eben nur die weitere Einschränkung der »unerlässlichen Futtermittel«. Die Kriegserohstoffe zuerst!

Das ist denn allerdings auch eine Schattenseite und sie macht sich immer unangenehmer bemerkbar. Die aus der Kriegszeit so bekannten, beruhigenden Erklärungen häufen sich. Erstens ist es angesichts des herrlichen Ziels überhaupt nicht so schlimm, zweitens ist es vorübergehend, drittens läßt es sich leicht erklären. Man liest im Zeitungsdienst des Reichsnährstandes:

»Auf den deutschen Buttermärkten herrschte in den letzten Tagen eine rege Tätigkeit (!), denn nur mit Mühe gelang es in den Hauptverbrauchsgebieten, die notwendige Buttermenge heranzuschaffen. Teilweise mußte man jetzt im Laden beim Einkauf mit geringeren Mitteln vorlieb nehmen. Die gegenwärtige Butterknappheit ist aber eine vorübergehende und in geringem Ausmaße jedes Jahr eintretende Erscheinung (!). Sie läßt sich aus verschiedenen Ursachen erklären.«

Die Erklärung ist erstens das kühle Herbstwetter (das offenbar nach den vierzehn Jahren des Systems noch immer eintritt); zweitens die Verbrauchssteigerung (eine unbewiesene Behauptung); drittens die vorjährige schlechte Ernte, und die Andeutung, daß es diesmal nicht besser werden wird, was zugleich einige Zweifel an dem »vorübergehenden« Charakter wecken muß. Viertens die »Devisenknappheit«, und das ist eben das Geständnis, daß die Darrépolitik nicht instande ist, trotz aller Erzeugungsschlachten die von 1920 bis zum Hitlerunglück nie in Frage gestellte Ernährung sicher zu stellen und daß die Schachtspolitik die Devisen für Rüstungszwecke statt für Ernährungszwecke verbraucht.

Ausbau der Kriegswirtschaft ist eben nicht nur Aufbau der Rüstung, sondern zugleich Abbau der Lebenshaltung, fortschreitende Zerstörung des materiellen und kulturellen Standards der Massen.

Dr. Richard Kern.

Die Unterwelt regiert

Die Folgen der Hitler-Streicher-Politik

Dem 20jährigen Hermann H. zu Frankfurt a. M. ist die charakteristische Schulung des Arbeitsdienstes, die ihm sechs Monate lang zuteil wurde, besonders gut bekommen. Er lernte im Lager das »wahre Gesicht des Judentums« kennen und verließ seine Lehrer mit der Überzeugung, daß der jüdische Abschaum vom Schöpfer aller Dinge nur erfundene wurde, um den Arieren ein Objekt für Beschimpfungen, Erpressungen, Beraubungen und Mißhandlungen zu liefern. Der Junge zog aus den empfangenen Belehrungen den durchaus logischen Schluß, daß eine Gemeinschaft, an Juden begangen, niemals eine Gemeinschaft, geschweige denn eine im Dritten Reich strafbare Handlung sein könne. Wie setzte er seine Überzeugung in die Tat um? Wir halten uns im Wortlaut an einen Gerichtsbericht der »Frankfurter Zeitung«:

Er taucht in Frankfurt auf und treibt sich nachts in einem Vergnügungsort mit einer jüdischen Dirne umher, von der er sich Kaffee bezahlen läßt. Dann erscheint er in dem Hause, in dem die Dirne wohnte. Er trifft ein im Hause wohnendes betagtes jüdisches Ehepaar, die 65jährige Frau ist fast blind und hat einen Hund zum Führer. Er bittet die alten Leute, da er nichts zu essen habe, ihn zu

unterstützen und er erhält Kaffee und Brot. Der Angeklagte erschien drei Wochen später, am 30. August, wieder bei den alten Eheleuten, die von Erwerbslosenunterstützung leben. Er bittet abermals um Essen. Er gibt an, er sei Nichtarier, sein Vater sei Jude und habe ihn herausgeworfen. Man reicht ihm hilfsbereit Wurst und Kartoffelsalat, die er verzehrt. Dann sündet er sich ein Pfeifchen an, schließt die Türen zu und zieht den Schlüssel ab. Die Leute blicken verwundert auf und fragen ihn, was er da mache. »Halten Sie den Mund, sonst tue ich Sie verhaften. Heil Hitler! Ich bin Kriminalspitzel.« Er gab sich als SA-Mann aus, durchsuchte alle Behältnisse, betastete den Ehemann nach Brieftasche und Portemonnaie. Er eignet sich aus einem Schrank sieben Mark, aus einer Handtasche 1.80 Mark, ferner einen Ring an. Der unheimliche Gast behauptete, daß die Leute die Regierung und den Führer beim Gespräch während des Essens beleidigt hätten, dabei war kein Wort gefallen, das mit Politik etwas zu tun hatte. Weiter äußerte der junge Mensch, daß er die beiden Leute verhaften müsse, das sei seine Hauptaufgabe, er bekomme für jeden verhafteten Juden 35 Mark. Aber da sie sich ihm gegenüber mitteilig gezeigt hätten, wolle er davon absehen. Als er sich mit Geld und Ring entfernte, betonte er

noch: »Wenn jemand kommen sollte, sagen Sie nicht, daß ich da war.« Nachmittags kam er wieder. Die Frau war allein. Nochmals verlangte er, daß man nicht sagen solle, daß er dagewesen sei. Er überreichte der Frau einen Zettel, auf dem stand: »Ich, Franz Schmidt, gebe das Ehrenwort, daß ich keine Anhaltspunkte mehr suche.« Schon am nächsten Tag findet er sich wieder dort ein, um eine neue Mär aufzutischen.

Jetzt endlich wagten die verängstigten alten Leute, den Peiniger verhaften zu lassen. Hermann H. bekam vier Jahre Zuchthaus aufgebürdet, denn derart deutliche, leicht greifbare Erpressungen können die führenden Antisemiten, die selbst die Sache im großen betreiben, natürlich nicht dulden.

Sich erwischen zu lassen, ist das größte aller Uebel, und es wird den zwanzigjährigen Zuchthäuser vielleicht trösten, wenn er erfährt, daß ebensolche einige großköpfige Reinger der deutschen Rasse zu seinen Leidensgefährten zählen werden. Der Leiter der Berliner Staatspolizei und Referent über jüdische Banken beim Geheimen Staatspolizeiamt, Steinmeister, ist wegen schwerer Pflichtwidrigkeiten und Erpressungen verhaftet worden. Er trieb sich schon seit längerer Zeit fast Abend für Abend in Restaurants und Bars herum, machte Zechen von mehreren Hundert Mark und war meistens gegen den Morgen hin schwer betrunken. Die verpraßten Gelder stammten aus der gleichen Quelle wie die Wurstsaftmeln und der Kartoffelsalat, die der kleine Hermann H. sich einverleibte, und die Handlungen des Herrn Staatspolizeileiters waren von derselben Moral diktiert. Nur trieb er — wie viele seiner Kollegen — das Geschäft im großen: er ging zu jüdischen Banken, vornehmlich zu solchen, die arisch geleitet, aber mit jüdischen Interessen irgendwie verbunden waren, stellte sich in seiner Eigenschaft als Referent vor, drohte mit allerlei Schwierigkeiten und ließ sich nur durch umfangreiche Kredite davon abhalten, der russischen Bankenreinigung Genüge zu tun. Erst als Schacht sich einmischte, wurde der Steinmeister verhaftet.

Für die Zustände im erneuerten Deutschland ist es bezeichnend, daß mit dem einen nationalsozialistischen Obergänger gleich fünf weitere — vier Beamte der Staatspolizei und ein Stadtrat — hochgingen. Wo man sie packt, da sind die interessant — und wo man sie nicht packt, da treiben sie ihr Gewerbe munter weiter.

Gefährliche Treue

»Ich opfere meinen Bruder nicht um der Rasse willen.«

Um die deutschen Studentenkorps ist es noch nicht still geworden. Diese Korps mögen aussehen, wie sie wollen — wir haben von ihrem Pauk- und Saufgeist nie etwas gehalten —, eines haben sie immer gewahrt: die Treue der Verbindungsbrüder untereinander. Und um dieser Treue willen hat es soeben im Korps »Palaiomarchia« zu Halle (Mitglied des »Hohen Köseners Senioren-Verbands-Konvents«) einen heftigen Krach gegeben. Einige nationalsozialistische Mitglieder verlangten das Ausscheiden zweier jüdischer Alter Herren. Die beiden Angegriffenen selbst boten sofort ihren Rücktritt an, aber die Korpsführung ließ sie nicht fallen, der Führer, Rechtsanwalt Hofmann, ein Stahlhelmer, erklärte vielmehr:

»Es gibt noch genug Sinn in unserem Korps für germanische Treue (!) und deutsche Charakterfestigkeit, daß sich um diese beiden Korpsbrüder eine Schilfgemeinschaft zusammenfindet, die alle Pfeile abfängt, die diesen beiden gelten. Wir alle, die wir noch wert sein wollen, Altmärker zu heißen, decken unsere Korpsbrüder Fritz Lassen und Kurt Dahlen mit unseren Leibern und erklären uns mit ihnen unauflöslich verbunden... Wer das Band meines Korps trägt, ist mein Korpsbrüder... Aber ich opfere nicht den Bruder um meiner selbst willen oder um meiner Rasse willen.«

Die nationalsozialistischen Mitglieder sind daraufhin aus dem Korps ausgeschlossen und haben eine derart wüste Hetzkampagne gegen ihre einstigen Kameraden entfacht, daß man wohl in nächster Zeit mit einer Auflösung der Verbindung rechnen muß. Der Begriff »deutsche Treue« scheint Auslegungen verschiedenster Art zuzulassen. Sieghaft sind im Dritten Reich jene Teutonen, die sich um Treue überhaupt nicht scheren und lieber auf Kosten ihrer Brüder Karriere machen.

Der Ausgleich

Ein Berliner Familienblatt faselt:

»Der Arbeiter zu Pferde ist gottlob keine vereinzelte Erscheinung mehr. Der sieghafte Vormarsch des deutschen Sozialismus kann durch nichts wichtiger dokumentiert werden als durch den arbeitenden Volksgenossen hoch zu Pferde...«

Je höher das Roß, desto tiefer der Lohr.

Sozialdemokratie und Krieg

Von Karl Kautsky.

Vorbemerkung. Die hier veröffentlichte Abhandlung bildet das letzte Kapitel eines eben von mir zum Abschluß gebrachten Werkes, das die wechselnde Stellung der verschiedenen sozialistischen Richtungen der Neuzeit zu der Kriegsfrage in ihrer geschichtlichen Entwicklung untersucht und darstellt. Dieses Werk schließt die Bücherserie über »Krieg und Demokratie« ab, deren erster Band, umfassend die Revolutionskriege bis 1848, 1932 erschien. Zwei weitere Bände über die Kriege von 1854 bis 1878 liegen druckfertig in meinem Schreibtisch.

Das hier mit einigen Kürzungen abgedruckte Kapitel ist ein Ganzes für sich, es enthält eine kurze Zusammenfassung wichtiger Gesichtspunkte, die vorher entwickelt wurden und Schlußfolgerungen für die Haltung der Sozialdemokratie bei einem kommenden Krieg. Da dieses Kapitel in den letzten Wochen leider höchst aktuell geworden ist, veröffentliche ich es jetzt schon. Denn es ist gar nicht abzusehen, wann es mir gelingen wird, das ganze Werk erscheinen zu lassen, angesichts der katastrophalen Lage des deutschen Büchermarktes für Arbeiten selbständig denkender Autoren, namentlich für solche, die der Untugend verfallen, dicke Wälzer abzufassen. K. K.

1. Die drohende Kriegsgefahr.

Jene unter den Sozialisten Frankreichs und Englands, die 1914 begeistert ihren Regierungen in den Krieg folgten, taten das in der Erwartung, daß sie damit gegen den Krieg selbst ins Feld gingen. Der einzige Friedensstörer sei der deutsche Militarismus. Der Krieg gegen ihn werde zum letzten Krieg. Seine Niederwerfung bringe ewigen Frieden.

Das erwies sich leider als Illusion. Wohl waren die Verwüstungen und Opfer des Weltkriegs ungeheuer und noch ungeheurer die Zunahme der vernichtenden Kraft der Kriegstechnik, die ihm folgte. Daher schreckten bisher die Völker der Zivilisation schauernd vor jeden neuen Krieg zurück. Aber trotzdem wird jetzt wieder sehr laut und allgemein von neuer Kriegsgefahr gesprochen und damit erstet auch für die sozialistischen Parteien und ihre Internationale wieder die alte Frage: Was tun gegen den Krieg, was tun, wenn der Krieg wieder ausbrechen sollte?

Die Frage, wie die Sozialisten einen Krieg verhindern könnten, hat Marx und Engels nie beschäftigt. Sie wäre in der Tat für sie müßig gewesen. Denn eine Regierung, die von den arbeitenden Klassen abhängig ist, wird nie eine Kriegspolitik treiben, ohne der Zustimmung dieser Klassen sicher zu sein. In einem Staate dagegen, in dem die arbeitenden Klassen keinen beachtenswerten Machtfaktor darstellen, sind sie der Regierung gegenüber nie schwächer, als unmittelbar vor einem Krieg und bei dessen Beginn. Verfügen die Arbeiter und Sozialisten nicht über die Kraft, eine kriegerische Regierung dieser Art mitten im Frieden zu stürzen, so sind sie in der Regel noch weniger dazu imstande bei Kriegsausbruch.

Marx und Engels haben sich bei einem ausbrechenden Krieg stets nur gefragt, auf welche Seite sie sich zu stellen hätten. Um diese Frage zu beantworten, untersuchten sie, wer es sei, der tatsächlich den Krieg veranlasse, wer der Angreifer sei. Sie erwogen aber nicht minder eifrig die Frage, wem wahrscheinlich der Sieg zufallen dürfte, und wie die dadurch geschaffene neue Situation auf Demokratie und proletarischen Klassenkampf wirken werde, welche neuen Aussichten und Möglichkeiten sich daraus ergeben, für die wir uns vorbereiten hätten, um sie zweckmäßig auszunutzen zu können.

Bei manchem internationalen Konflikt gingen Marx und Engels sogar noch weiter. Einen großen Feind der gesamten europäischen Demokratie erblickten sie in dem russischen Zarismus. Lange Zeit hindurch sahen sie keine andere Möglichkeit, ihn zu stürzen, als einen Krieg der Westmächte gegen Rußland. Wer immer diesen Krieg zu führen gedachte, für den setzten sie sich ein. Noch im Jahre 1878 hielten sie einen Krieg Englands und Oesterreichs gegen Rußland für entschieden nötig.

Bald darnach starb Marx. Engels erlebte aber noch eine Zeit, in der ihm jeder Krieg so furchtbar erschien, daß dessen Nutzen nicht bloß ökonomischen, sondern auch moralischen und politischen Schäden jeden Nutzen weit aufwiegen mußten, den eine

aus ihm entspringende Revolution bringen konnte. Er kam zu dieser Ueberzeugung durch das Studium der fortschreitenden Kriegstechnik, die immer größere Massenheere aufbiete und ihnen immer größlichere Vernichtungsmittel zur Verfügung stelle. Dazu gesellt sich das Aufkommen einer revolutionären Bewegung innerhalb des russischen Reiches, die eine Ueberwindung des Zaren ohne auswärtigen Krieg möglich erscheinen ließ. Entschieden warnte damals Engels jene unserer Genossen, die zur Beschleunigung der Revolution einen Krieg wünschten. In der Tat muß eine Revolution, die hervorgerufen wird durch einen Krieg, uns unter so ver-

perialismus und in dem sei jeder Krieg ein Kampf zweier Räuber um eine Beute und daher jeder der Kriegführenden in gleicher Weise zu verurteilen. Und das Proletariat sei stark genug, in jedem Staat jede Kriegshandlung zu vereiteln, wenn es nur wolle. Der Streik, womöglich der der Soldaten, zumindest der der Arbeiter, namentlich der Arbeiter im Transportwesen und in der Fabrikation von Waffen und Munition, sei ausreichend, jeden Krieg unmöglich zu machen. Auch wenn sich unglücklicherweise die Soldaten und Arbeiter zu solcher Arbeitsverweigerung nicht entschließen könnten, sei es doch die Pflicht aller Sozialisten in jedem kriegführenden

Neben dieser Auffassung kam jedoch im Weltkrieg noch eine andere in den Vordergrund, die bis dahin kaum beachtet worden war. Auch diese Auffassung hielt es nicht für notwendig, angesichts eines Krieges zu untersuchen, wer der Angreifer, wer der Angegriffene sei, oder wessen Sieg die größten Gefahr für den internationalen Sozialismus und die internationale Demokratie bedeute. Jedes Land, das in einen Krieg verwickelt sei, werde von feindlichen Armeen bedroht. Die feindliche Invasion und die Niederlage seien das schlimmste Unheil für alle Klassen des Volkes. Das eigene Land gegen eine feindliche Invasion zu verteidigen, die eigene Regierung dabei kräftig zu unterstützen, damit sie siege, werde daher von vornherein zur heiligsten Pflicht eines jeden Staatsangehörigen, der sein Volk liebe.

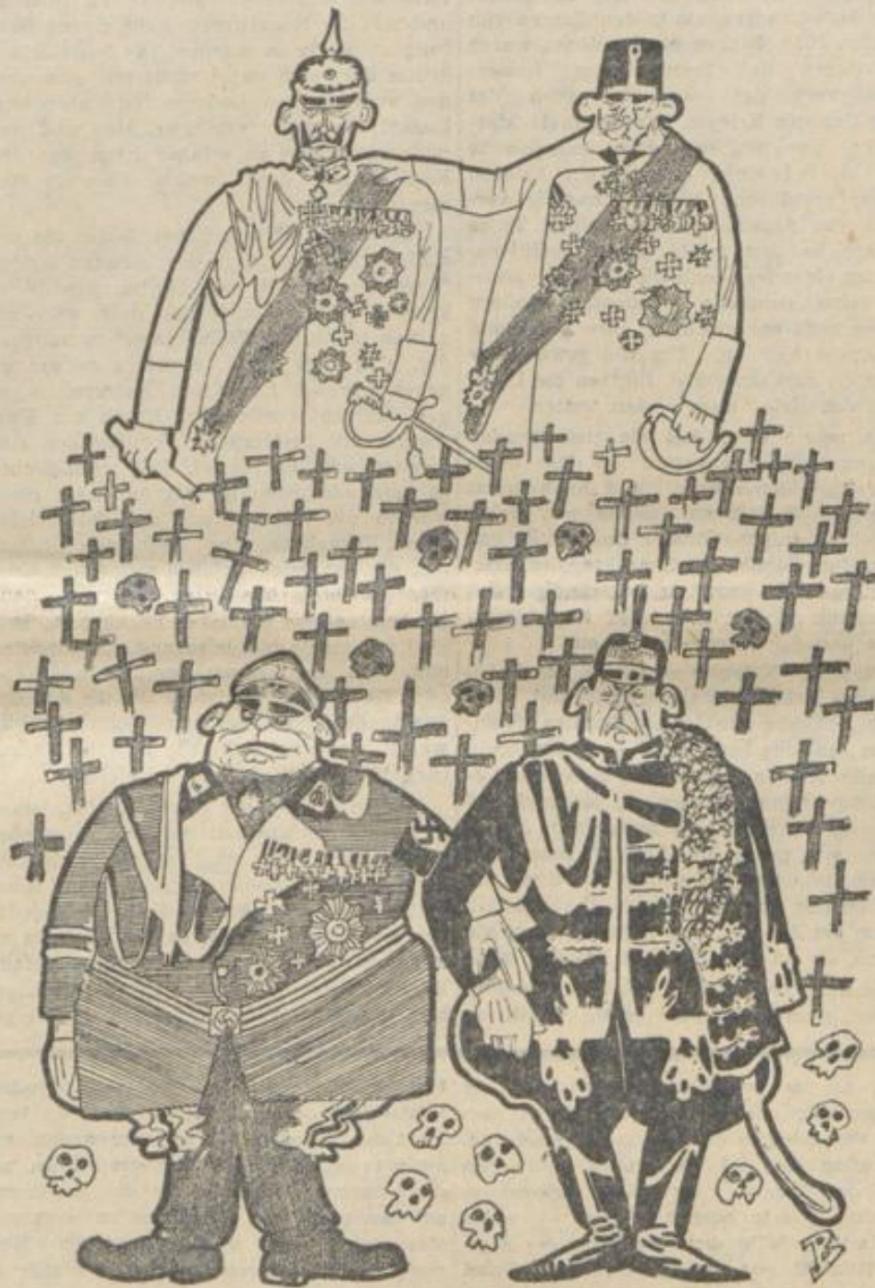
Diejenigen, die so argumentieren, vergessen, daß es ein weit sicheres Mittel gibt, im Kriege das eigene Volk und Land vor einer feindlichen Invasion und vor den Schrecken einer Niederlage zu bewahren, als ein siegreiches Heer: Das ist die rascheste Herbeiführung eines demokratischen, auf gegenseitiger Achtung der Selbständigkeit und der Lebensbedingungen der Völker beruhenden Friedens. Die Pflicht, das eigene Volk vor Invasion und Vergewaltigung nach einer Niederlage zu bewahren, zieht keineswegs ohne weiteres die Pflicht nach sich, die eigene Regierung im Kriege zu unterstützen. War es deren Politik, die den Krieg durch solche Forderungen herbeiführte, ist es deren Politik, die den Krieg durch solche Forderungen verlängert und den demokratischen Frieden unmöglich macht, dann ist es die eigene Regierung, die das Volk den Gefahren der Invasion und Niederlage und allen Schrecken des Krieges aussetzt. Dann ist es höchste Pflicht nicht nur gegenüber der Internationale, sondern gegenüber dem eigenen Volk, dieser Regierung entgegenzutreten, wenn möglich, sie zu stürzen, um eine andere an ihre Stelle zu setzen, die gewillt und imstande ist, den Krieg raschest durch einen demokratischen Frieden zu beenden.

Das wurde im Kriege vielfach in sozialdemokratischen Kreisen verkannt. Aus der Pflicht zur »Landesverteidigung« leitete man die Pflicht zum »Burgfrieden« ab, zur Verteidigung der Regierung. Diese Pflicht ergäbe sich bereits aus der Tatsache, daß das Land im Kriege stehe. Sie zu erkennen, dazu bedürfe es keiner Untersuchung darüber, wer der Angreifer oder welches der Charakter der eigenen Regierung und der der gegnerischen sei. Die Pflicht zum Burgfrieden während des Krieges sei eine absolute, durch die Natur der Dinge selbst gegeben.

Wie die Verfechter der absoluten Pflicht zur Feindschaft gegen jede Regierung im Kriege, behaupteten auch die der absoluten Pflicht zum Burgfrieden, das sei ein Prinzip, das in der Sozialdemokratie schon vor dem Weltkriege allgemeine Geltung erworben habe. In Wirklichkeit hatte das eine Prinzip ebensowenig wie das andere jemals allgemeine oder auch nur weitergehende Anerkennung in unseren Kreisen vor dem Weltkriege gefunden.

Die Mehrheit der Sozialdemokratie war bis dahin stets der alten Auffassung treu geblieben, wir müßten im Kriege Unterschiede machen zwischen den Regierungen, vor allem unterscheiden zwischen dem Angreifer und den Angegriffenen. Alle Kraft, über die die Internationale verfüge, moralische, politische, ökonomische Kraft, müsse sich gegen den Angreifer wenden. Wir geben zu, daß es mitunter unmöglich sei, klar zu erkennen, welches der Angreifer, welches der Angegriffene. Aber auch in diesem Falle würden die beiden kriegführenden Regierungen für den internationalen Sozialismus nicht auf gleicher Stufe stehen. Die eine würde für ihn gefährlicher, ihr Sieg verderblicher sein als der andere. So war es z. B. 1904 im Konflikt zwischen Rußland und Japan schwer möglich zu sagen, welche der beiden Mächte der Angreifer sei. Beide waren Räuber, die sich um eine Beute — Korea und die Mandschurei — stritten. Aber daran war kein Zweifel möglich, daß für den Sozialis-

Rominten



Noch einmal?

zweifeln Umständen zur Macht bringen, daß jede Regierung Gefahr läuft, sich erfolglos abzunutzen und schließlich zu scheitern. Seit Engels Tod haben sich die Gründe gegen die Förderung der Revolution durch einen Krieg enorm vermehrt.

Darüber ist ein Zweifel nicht mehr möglich. Wie aber haben wir uns zu verhalten, wenn gegen unseren Willen eine der Regierungen an die Gewalt der Waffen appelliert? Haben wir uns an das Beispiel zu halten, das uns Marx und Engels in solchen Fällen gegeben oder sind im letzten halben Jahrhundert Veränderungen eingetreten, die ein anderes Verhalten erforderlich machen?

Das letztere ist in der Tat in der zweiten Internationale von einem Teil der ihr angehörenden Sozialisten mit aller Entschiedenheit behauptet worden. Man erklärte, es sei nicht notwendig, im Kriegsfall zu untersuchen, wer der Angreifer sei. Jede Regierung, die in einen Krieg eintrete, sei in Unrecht und müsse bekämpft werden. Wir lebten im Zeitalter des Im-

Landes, solches Tun zu propagieren und zu organisieren, die eigene Regierung rücksichtslos zu bekämpfen, sowie alle Kriegshandlungen zu sabotieren.

Der Kampf dieser Auffassung gegen jene, von der sich Marx und Engels, ja die gesamte Sozialdemokratie hatte ehedem leiten lassen, erfüllte die ganze Zweite Internationale bis zum Weltkrieg. Es gelang der neuen Auffassung nicht, sich in ihr durchzusetzen. Aber ihre Anhänger machten Spektakel genug, um weiten Kreisen den Glauben einzufößen, sie repräsentierten die wahre sozialdemokratische, internationale Gesinnung. Wer sich im Kriege auf Seite seiner Regierung stelle, aus welchem Grunde immer, sei ein Verräter an den heiligsten Grundsätzen des internationalen Sozialismus, trete dafür ein, daß die Proletarier verschiedener Länder um kapitalistischer Interessen willen einander abschlächteten, anstatt daß sie sich zusammenschließen, um vereint den gemeinsamen Feind, das internationale Kapital niederzuwerfen.

mus und die Demokratie der Welt, ein Sieg des Zaren ungleich verhängnisvoller gewesen wäre, als ein Sieg des Mikado.

Also bei drohendem Kriegsausbruch ist weder »Burgfriede« noch unbedingte Opposition gegen die Regierung von vorneherein selbstverständliche Pflicht eines jeden Sozialisten. Vielmehr haben wir in solcher Situation vor allem nach Klarheit über das Vorgehen und den Charakter der einzelnen am Konflikt beteiligten Regierungen zu streben, um von dem Ergebnis der Untersuchung unsere Haltung abhängig zu machen.

Bringt aber dies Verfahren nicht die Gefahr mit sich, daß dabei die Sozialisten verschiedener Länder zu verschiedenen Auffassungen über die einzelnen am Konflikt beteiligten Regierungen kämen und daß dies die sozialistische Internationale gerade in dem Moment sprengt, in dem sie für die Arbeiterbewegung und die Entwicklung der Welt überall am wichtigsten wird?

Gewiß schließt die Auffassung, daß in einem Kriege heute jede Regierung von vornherein, ohne weitere Untersuchung, als Angreifer zu betrachten sei und daher entschiedener Opposition zu begegnen habe, einen Zwist innerhalb der Internationale in der Kriegsfrage aus. Aber leider kann diese Auffassung mitunter in so flagrantem Widerspruch zu den Tatsachen geraten, daß nur kleine phantasierte Sektens sich zu ihr zu bekennen vermögen, die für die Wirklichkeit blind sind. Bei Ausbruch des Weltkriegs hat jene Auffassung auf die Volksmassen nirgends irgendeinen merklichen Einfluß geübt.

Die gegensätzliche Anschauung, daß im Kriege wegen der Landesverteidigung alle Sozialisten hinter ihrer Regierung stehen müßten, ist dagegen freilich von vornherein mit jedem Funktionieren der Internationale in einem Krieg unverträglich. Daß gleiche kann jedoch nicht von der Regel gesagt werden, daß die Haltung zu den einzelnen am Kriege beteiligten Regierungen keineswegs von vornherein prinzipiell für alle in gleicher Weise festgelegt werden könne, sondern abhängig von der Schuld zu machen sei, die jede der Regierungen am Kriegsausbruch und dann an der Fortsetzung des Krieges trage.

Gewiß können in dieser Frage größere tiefgehende Meinungsverschiedenheiten auftauchen, die schließlich solche Dimensionen annehmen, daß sie die Internationale sprengen. Aber dieses Resultat muß keineswegs mit Notwendigkeit eintreten. Ob es dazu kommt, das hängt weniger von der Verfassung der Internationale und der Höhe des internationalen Bewußtseins bei den Sozialisten der verschiedenen Länder ab, als von dem Charakter des Krieges. Je komplizierter dieser, je schwerer es ist, seine treibenden Kräfte herauszufinden, desto leichter wird es zu Verschiedenheiten in der Auffassung des Krieges, seines Ursprunges und Wesens kommen.

Im Weltkrieg zerfiel die Internationale vor allem deshalb, weil sein Charakter als

Koalitionskrieg hüben wie drüben weit komplizierter war, als der eines anderen Krieges vor ihm. Daß dieser Zerfall nicht einem Mangel an internationalem Bewußtsein zuzuschreiben war, erhellt schon daraus, daß sich die einander eben noch wütend bekämpfenden Parteien der Internationale nach Kriegsende so rasch wieder zusammen fanden.

Wie leicht in einem großen Kriege Meinungsverschiedenheiten auftauchen können und eine wie scharfe Zuspitzung sie durch die Leidenschaften erhalten können, die ein Kriegsgewitter entfesselt, das zeigt uns z. B. der Beginn des deutsch-französischen Krieges von 1870. Bloß zwei Mächte waren an ihm beteiligt und doch, wie groß wurden in den ersten Wochen des Krieges die Gegensätze z. B. innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, etwa zwischen Bebel und Liebknecht auf der einen Seite und dem Parteivorstand auf der anderen! Vorübergehend stimmten nicht einmal Engels und Marx in ihren Auffassungen der Kriegsursache und der Haltung zum Kriege überein.

Es hätte damals leicht zur Spaltung in der deutschen Sozialdemokratie, ja sogar in der Internationale kommen können, wenn der Krieg sich lange militärisch und politisch unentschieden hingezogen hätte. Aber 1870 vollzogen sich die Ereignisse des Krieges anders, als in den Jahren von 1914 bis 1918. Binnen einem Monat waren die Armeen des französischen Kaiserreiches vernichtet, war aber auch der Charakter des Krieges unzweifelhaft klargestellt: Die neubegründete französische Republik bot einen ehrenhaften Frieden an, die preußische Militärmonarchie verlangte die Annexion eines halben Teiles Frankreichs, aus militärischen, nicht nationalen Gründen, denn die Elsässer bildeten keine deutsche Irredenta, sondern lehnten aufs energischste ihre Loslösung von Frankreich ab. Um die gewaltsame Annexion durchzusetzen, führten die Deutschen den Krieg nach Sedan weiter.

Da zeigte sich, daß die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Sozialdemokratie und auch sonst unter den Sozialisten nichts mit einem Mangel an internationaler Solidarität zu tun hatten. Sobald der Charakter des Krieges klargestellt war, trat vollständige Einheitlichkeit in der deutschen Sozialdemokratie und der Internationale ein.

Für diese Klärung zu sorgen, das wird in einem Kriege stets die erste und wichtigste Aufgabe des internationalen Sozialismus sein. Sie kann nicht von vornherein für alle Kriege durch internationale Beschlüsse hergestellt werden, sie muß bei jeder auftauchenden Kriegsgefahr immer wieder von neuem in Angriff genommen werden. Wie weit sie gelingt, wird vor allem von der Art des Krieges abhängen, d. h. von der Art der Regierungen hüben wie drüben, die an dem Konflikt beteiligt sind.

Es kann natürlich ungeheuer schwierig werden, namentlich bei einem Weltkrieg

zwei großer Koalitionen, herauszufinden, welche der beteiligten Regierungen ihn tatsächlich hervorgerufen, nicht bloß formell eröffnet hat, und noch schwieriger sich darüber klar zu werden, welche Konsequenzen für die menschheitliche Entwicklung der Sieg der einen oder der anderen Gruppe nach sich ziehen werde.

Doch gibt es ein Mittel, das nicht nur bei Kriegsbeginn, sondern auch mitten im Kriege es jederzeit gestattet, daß die Sozialisten eines Landes und auch die Internationale sich klar werden über die Haltung, die sie zu seiner Regierung einzunehmen haben: Sie müssen von ihr verlangen, daß sie offen und ehrlich die Kriegsziele kundgibt, die sie verfolgt, und sie müssen zu jeder Regierung in entschiedene Opposition treten, die es verweigert, ihre Ziele klar und unzweideutig darzulegen oder deren Kriegsziele derart sind, daß sie einen raschen demokratischen Frieden unmöglich machen. Einen solchen, nicht einen Frieden um jeden Preis, hat die Sozialdemokratie eines jeden Landes stets zu fordern, über ihn wird sich die Internationale leicht einigen. Eine klare Darstellung ihrer Kriegsziele hat bei ausbrechenden, ja schon bei drohendem Kriege jede sozialdemokratische Partei eines in den Konflikt verwickelten Landes von ihrer Regierung zu fordern und von der Beantwortung die eigene Haltung abhängig zu machen. Die Sozialdemokratie darf sich dabei nicht mit allgemeinen zweideutigen Redensarten abspesen lassen. Sie muß verlangen, klar und unmißverständlich zu erfahren, um was der Konflikt sich dreht, welche Ziele die Regierung anstrebt.

Diese Aufklärung haben leider die sozialistischen Parteien der meisten kriegführenden Länder bei Beginn des Weltkrieges nicht verlangt und doch wäre sie gerade in diesem Falle besonders notwendig, allerdings auch besonders schwer zu geben gewesen. Der Krieg Oesterreichs gegen Serbien wurde noch durch ein Ultimatum mit bestimmten Forderungen eingeleitet und begründet. Das ermöglichte es, daß die gesamte Internationale einig war in der Verurteilung des österreichischen Vorgehens. Aber diejenigen Ultimaten, die den österreichisch-serbischen Konflikt zu einem Weltkrieg erweiterten, die Deutschland an Rußland, Frankreich, Belgien, waren rein militärischer Art, sie drehten sich bloß um Fragen der Mobilmachung oder Neutralität, die wohl für die Art der eventuellen Kriegführung sehr wichtig waren, dagegen nicht die leiseste Andeutung über ein Kriegsziel enthielten.

Sollte trotz aller Bemühungen, einen Krieg zu verhindern, ein solcher wieder ausbrechen, dann wird es die wichtigste Pflicht der Sozialdemokratie sein, Klarheit über die konkreten Kriegsziele jeder der am Kriege beteiligten Regierungen zu erlangen, wenn die Dinge nicht so einfach liegen sollten, daß ohne weiteres die Klarheit gegeben ist. Schluß folgt.

Nürnberger Versprechungen

Kinderbeihilfe — aber wann?

Der nationalsozialistische Staatssekretär Reinhardt hat auf dem Nürnberger Reichsparteitag in prählenden Worten von den Kinderbeihilfen für kinderreiche Familien gesprochen. In ein bis zwei Tagen sollte die Durchführungsvorschrift erscheinen und die Kinderbeihilfen ab 1. Oktober zur Auszahlung gelangen. Seitdem sind mehr als vierzehn Tage vergangen, ohne daß die Durchführungsvorschrift erschienen wäre.

Die »Frankfurter Zeitung« kann aber einiges aus der angekündigten Durchführungsvorschrift mitteilen. Danach stellt sich diese Hilfsaktion als eine einzigartige Fopperel der kinderreichen Familien dar. Denn die Verordnung macht alle in Frage kommenden Hilfsbedürftigen — es sind dies etwa 800.000 kinderreiche Familien — darauf aufmerksam, daß sie aus dem Inkrafttreten der Verordnung am 1. Oktober 1935 nicht schließen dürfen, daß sie schon im Oktober oder auch nur noch vor Weihnachten die Beihilfe erhalten.

Von den 800.000 Familien würden zunächst höchstens 250.000 ausgesucht werden, und die Verteilung der Beihilfe an diese 250.000 Familien werde sich mindestens drei Jahre lang hinziehen. Höchstens 60.000 bis 70.000 Fälle sollen in einem Jahre erledigt werden.

Das bedeutet also, daß die überwältigende Mehrheit der beihilfebedürftigen Familien die einmalige Unterstützung frühestens in fünf bis sechs Jahren, meistens aber wohl noch später erhält.

Ein nicht geringer Teil wird erst nach zehn, zwölf, oder dreizehn bis vierzehn Jahren in den Genuß der Unterstützung kommen!

Wenn von den früheren Reichsregierungen, die unter sozialdemokratischem Einfluß standen, soziale Hilfsaktionen über das ganze Reich hinweg durchgeführt wurden, die mehr als 800.000 Familien erfaßten, so waren dazu in der Regel nur ein paar Wochen notwendig. Die Hitlerregierung zieht eine einmalige Unterstützungsaktion mehr als zwölf Jahre in die Länge. Nicht etwa, weil sie dazu verwaltungsmäßige Gründe zwingen, sondern weil diese Kinderbeihilfe eben doch im wesentlichen nichts anderes ist als ein großer Bluff!

Der Vogel

»Wer dem Vogelsang im deutschen Waize zu lauschen versteht, wird überraschende Feststellungen machen. Die Gemütsstimmung dieses Sanges ist so unverkennbar deutsch, daß man über diese Einwirkung von Natur und Rasse verbüßt ist.«

(Aus »Am Quell deutscher Kraft«.)

Das billigste Nahrungsmittel

Aus einem »zeitphilosophischen Stimmungsbild« des deutschen Rundfunks.

»Bei uns hungert niemand. Wir machen alle satt! Auch Hingabe an eine große Idee kann satt machen!«

Hingabe nährt,
Erkenntnis zehrt!

Deutschland

Es ist wahr, Deutschland ist erstarkt, erwacht —

Aber nicht so, wie es ein Nazi meint!
Die Milliarden Tränen, die es geweint,
Die sind seine Stärke und Macht.

Es ist wahr, Deutschland ist heute friedensgewillt —

Aber nicht so, wie es ein Nazi meint!
Denn der Nazi, das ist der innere Feind,
Den's zuvor zu vernichten gilt.

Es ist wahr, daß die Deutschen einig sind —

Aber nicht so, wie es ein Nazi meint!
Im Haß sind heute die Deutschen geeint,
Im Haß, der im Blute gerinnt.

Es ist wahr, in Deutschland wird's wieder licht —

Aber nicht so, wie es ein Nazi meint!
Denn das Licht, das in der Finsternis scheint,
Heißt Aufbruch, heißt Recht und Gericht.

Argo.

Vorläufer des Judenhasses

Der Franzosenhaß von 1870.

Die Haßpsychose, in die ein beträchtlicher Teil des deutschen Volkes von seinen Machthabern gegen die Juden getrieben wird, scheint vielen Menschen unerklärlich, beispiellos. Es ist jedoch auch in vergangenen Zeiten der nationalistischen Hetze in Deutschland stets gegolten, nach ihren damaligen Zwecksetzungen das Volk in ähnliche Raserei zu bringen. Namentlich in Franzosen-

haß, der im neunzehnten Jahrhundert die Volksseele zu vergiften begann, findet man viele Parallelen zu der heutigen Erscheinung. Vor allem die, daß ein großes kultiviertes Volk dem eigenen als völlig verkommen, sittenlos, gemein hingestellt wird — wobei man selbstgefällig den Gegensatz der eigenen Reinheit und Größe hervorhebt. Dabei war auch in früheren Zeiten charakteristisch, wie die plumpesten Verallgemeinerungen, die skrupellosesten Verzerrungen gerade von der sogenannten Schicht der Gebildeten begierig aufgenommen wurden.

Während des achtzehnten Jahrhunderts sah die Oberschicht in Deutschland die Franzosen noch als Lehrmeister und Vorbild an. Der Alte Fritz, wohl deswegen heute zum ersten Nationalsozialisten befördert, dichtete und schrieb bekanntlich ausschließlich in französischer Sprache. Die klassische deutsche Dichtung brachte die geistige Emanzipation der bürgerlichen Schichten vom Franzosentum. Aber ein eigentlicher Franzosenhaß entstand erst infolge der napoleonischen Eroberung und Bedrückung.

Schon in den Freiheitskriegen trieb der Franzosenhaß, als Haß gegen die Fremdherrschaft damals begrifflich, wilde Blüten: »Auf Henkersblut, Franzosenblut. — o süßer Tag der Rache«, dichtete Arndt, ähnlich Körner: »die wilde Jagd und die deutsche Jagd, auf Henkerblut und Tyrannens«. Das blieb immerhin im Rahmen der — selten feinfühlig — Kriegerpoesie. Aber damals tauchten auch schon Vorläufer der Streicher auf. Der Turnvater Jahn — dieser rohe Polterer hätte weit besseren Anspruch auf den Titel des »ersten Nazi« — veröffentlichte allen

Ernstes folgenden Vorschlag: Zwischen Deutschland und Frankreich müsse ein breiter Landstreifen in Wüste verwandelt und mit wilden Tieren bevölkert werden, um die keuschen Germanen vor der Berührung mit den verderbten Franzosen zu bewahren. Man glaubt, wenn man es best, den »Stürmer« einer früheren Epoche vor sich zu haben. . .

Das Jahr 1840 bezeichnet dann — wegen der angeblichen Rheinbedrohung — eine neue Welle des Franzosenhasses. Ganz schlimm wurde es aber mit dem Krieg von 1870, den bekanntlich Bismarck durch Fälschung der Emser Depesche bewußt provoziert hat. Damals grassierte das Schlagwort von den »verkommenen Franzosen«. Eduard Bernstein, der alte Vorkämpfer der Sozialdemokratie, schrieb darüber in seiner »Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung«:

»... Aber der Haß des großen Publikums blieb nicht bei Napoleon stehen, er übertrug sich bei den Gedankenlosen sofort auf das französische Volk, das nun ganz und gar mit dem »nach Berlin! nach Berlin!« rufenden Boulevardpublikum von Paris identifiziert wurde. Unter dem Einfluß verhetzender Presseartikel sprach man nur von der »verkommenen französischen Nation. Wer gegen diese Art, über ein ganzes Volk abzuurteilen, einen Einspruch wagte, riskierte gelyncht zu werden. Schreiber dieses, damals noch Anhänger der Fortschrittspartei und durchaus für den Krieg gegen Napoleon eingenommen, wurde aus einem Lokal befördert, bloß weil er einem Literaten entgegentrat, der den Franzosen die Fähigkeiten zu großen geistigen Leistungen bestritt.«

Der von Bernstein nicht mit Namen genannte Literat ist ein Typus seiner Zeit so

wie die Hanna Heinz Ewers, Johste und Max Barthele Typen der ihrigen sind. Wenn in dem Gespräch, das mit der typisch nationalistischen Beweisführung durch die Faust endete, von zeitgenössischen großen Leistungen die Rede gewesen ist, so muß der ungenannte Literat Paul Heyse und Lindau turnhoch über die »verkommenen« Franzosen Flaubert und Zola, die deutschen Maler Anton v. Werner und Piloty über Courbet, Manet und Monet gestellt haben. Was ja nicht schwer ist!

Doch wir brauchen uns bei Bernsteins Ungenanntem nicht aufzuhalten. Die zeitgenössische Brief- und Memoirliteratur liefert Namen. Man lese, was der Demokrat Franz Ziegler am 3. November 1870 an die Dichterin Fanny Lewald, die Gattin Stahrs, schreibt. Die keineswegs reaktionär gerichtete, geistige Frau hatte in einem Brief an Ziegler die Franzosen als »verlumptes Volk« bezeichnet. Ziegler erwidert ihr darauf:

»Ich kann es nicht zum Haß auf das französische Volk bringen. Es ist ja mitten in der Revolutionsarbeit, die es für uns alle vollbringt. Heruntergebracht durch eine Reihe nichtswürdiger Könige, jetzt zwanzig Jahre gedrückt durch einen Zuchthäuser, die sich mit einer Räuberbande verbunden, die man Militär nennt, verraten, verlassen von allen, kämpft das Volk noch mit unendlicher Bravour durch seine bewaffneten Bürger. Und das Volk nennen Sie verlumpt? Fänden Sie wohl in Deutschland hunderttausend solcher Lumpen, die sich, ohne höhere Order, auf eigene Hand schlagen? Die Ironie will es, daß die sinnlos den Franzosenhaß nachbetende Dichterin Fanny Lewald-Stahr geborene Jüdin war! Aber

Halt! - Wer Mitleid hat, wird erschossen!

Nichts war in den beiden ersten Jahren der »nationalen« Tollwut der Hitlerer so niederdrückend, lähmend und entwaffnend für alle Kämpfer gegen das System grade im Arbeiterlager, als die fatale, starrkrampfartige Teilnahmslosigkeit der breiten Masse der Bevölkerung gegenüber Taten und Opfern des Terrors. Man raubte allerärmsten Erwerbslosen bei tumultuösen Haussuchungen, die sich selbst an Möbelstücken und Fensterscheiben vergrieffen, die letzten Wohlfahrtspfennige aus der Kaffeetasse im Küchenschrank; man erzählte es sich wohl, aber es regte niemand sonderlich auf. Man warf in nächtlichen Razzien, bei denen sich SA- und SS-Gestalten, denen man das Berufsverbrechen von den Stirnen ablas, neben karrierebeflissenen Polizeileutnants und Gendarmen, beteiligten die auf ihren Dienststiefeln, gefesselte Menschen wie Warenballen auf Lastwagen und verschleppte sie in irgend eine Höhle des Regimes, die so mancher von ihnen nur als ein dürftiges Bündel blutiger Wäsche verlassen sollte. Die Zaungäste des »Aufbruches der Nation« aus allen Schichten und Klassen standen dabei und schnitten loyale Grimassen: je loyaler, je weniger Gefahr für ihr eigenes bißchen Selbst! Die Verschlechterungspsychose, die — im Deutschland der unsterblichen Ostelbier so unausrottbar — Untertans- und Leibeigenenseligkeit, die in Kriegs-, Inflations- und Weltkriegsnot gesüchtete Retto-sich-wer-kann-Stimmung — kurz und gut die faast vollkommenste sittliche Indifferenz der Tribüne beim barbarischen und bestialischen Schauspiel feierte ihre Orgien. Und gerade sie erzeugte in den Besten der Nation damals oft genug eine selbst zum Vorurteil und zur Ungerechtigkeit fähige grenzenlose Menschenverachtung, die immer in der Geschichte der schlimmsten und der tödlichsten Feind aller Freiheit gewesen ist.

Jedes Symptom, das hier auf eine Wandlung schließen läßt, ist, wie die Dinge massenmoralischer Natur schon in Hitlerdeutschland bisher lagen, gerade angesichts diesen sittlichen Zusammenhangs von ganz besonderer Bedeutung. Deshalb auch wird man einem besonders Authentischen, einem Oberbüttel des braunen Regimes — nämlich dem thüringischen Innenminister — für die folgende Verfügung dankbar sein müssen, die dieser Tage die deutsche Gestapo-Presse veröffentlichte und die trotz ihres winzigen Drei-Zeilen-Inhaltes doch so aufschlußreich erscheint:

»Es ist bei Geldstrafe bis zu 150 Mark, in schweren Fällen bei Haftstrafe bis zu einem halben Jahr verboten, mit Gefangenen, die außerhalb der Bewahrungsorte mit Arbeiten beschäftigt sind oder sich im Marsch befinden, in Verkehr zu treten oder auch nur durch Gebärden und Zeichen Verbindung mit ihnen aufzunehmen.«

Warum bedarf es wohl schon solch eines Rigorismus? Um Sympathiebeweise und freundschaftliche Beziehungen zu krimi-

nellen Gefangenen kann es sich doch wohl nicht gut handeln; kriminelle Gefangene, die draußen arbeiteten, gab es früher, in den »vierzehn Jahren der Schande«, auch. Und wenn auch schon damals der einzelne Bürgermann oder die einzelne Arbeiterfrau über die geschorenen Menschen im grauen Sträflingskittel nicht immer ganz so gedacht haben mochten, wie vielleicht der bewachende Aufseher, den Gewohnheit abstumpfte, — es ist bisher im Ordnungsland Deutschland kaum zu verzeichnen gewesen, daß sich Asoziale der Veranlagung oder der Gelegenheit der aktiven Teilnahme der Außenwelt erfreut hätten. Also meint doch wohl der thüringische braune Fouché das Sympathisieren ausschließlich mit politischen Gefangenen!

Aber wer sitzt nun gerade im typischen Kleinindustrieland Thüringen in den Käfigen der braunen Schmach zu vielen Hunderten und Tausenden? Es gibt dort nicht viele gläubige Katholiken, die um ihrer religiösen Ueberzeugung willen auf einen SA-Nero dort stoßen. Die »monarchistischen Reaktionäre« à la Stahlhelm dürften in der ehemaligen »roten Hochburg« auch weit dünner gesät sein als anderswo. Von hundert politischen Gefangenen stellen gerade in Thüringen sicherlich immer fünfundneunzig »marxistische Untermenschen« dar . . .

Es ist also die Solidarität der sozialistischen Masse der Bevölkerung, die sich wieder dem Helden und dem Opfer der eigenen Idee zuwendet! Es ist das große,

die Geschichte bewegende proletarische Zusammengehörigkeitsgefühl, das sich wieder regt und an dieser klassischen Stelle dem Büttel des Innenministeriums in jener Stadt, in der einst Schiller den Marquis Posa die Gedankenfreiheit vom Tyrannen fordern ließ, bereits als Massenphänomen erschütterlich auf die gleichgeschalteten Nerven fällt!

Von allen Symptomen, die gerade den psychischen Verfall der Hitlerherrschaft neben den materiellen, wirtschaftlichen und politischen Notständen des freventlich geschaffenen Zustandes andeuten, verdient also dieses Eingeständnis eines Leidtragenden eine besonders kräftige Registrierung in der allgemeinen Beurteilung der Chancen des Regimes. Es identifiziert sich im übrigen — und das ist von nicht minderer Wichtigkeit — mit allem, was sonst jetzt aus Deutschland über die große Wandlung der öffentlichen Moral am Rande der Diktatur aus beliebig ausgesuchter Gegend berichtet wird.

Nirgendwo mehr steht hinter dem Lausbuben-Getöse der uniformierten Halbwüchsligen gegen die Juden die Masse der Bevölkerung, wie oft noch vor Monaten. Wenn sie sich auch meist nur mißbilligend »neutrale« verhält — immer noch aus dem Angstkomplex heraus — so kommt es hier und dort dennoch auch schon zur aktiven Resistenz der Zaungäste des Schauspiels — und wäre es nur, daß man gerade jetzt Justamentskäufer beim »Juden« wird. Welch ein Unterschied gegenüber dem moralischen Befund

Boykottiert die Hitler-Olympiade!

Die beiden Arbeitersport-Internationalen haben Aufrufe zum Boykott der Hitler-Olympiade 1936 erlassen. Das Präsidium der Sozialistischen Arbeitersport-Internationale fordert die ihr angeschlossenen Landesverbände auf, in ihrem Lande den Kampf gegen die Hitler-Olympiade gemeinsam mit allen sozialistischen Arbeiterorganisationen sofort mit allem Nachdruck zu organisieren. Es bleibt jedem Lande selbst überlassen, in welcher Weise der Kampf geführt werden soll.

Graf de Baillet-Latour, Präsident des Internationalen Olympia-Komitees, äußerte in Budapest:

»Es ist möglich, daß wir die Olympiade verlegen müssen. Zu diesem Zwecke würde es genügen, daß die unterzeichneten Abkommen nicht gehalten würden. Aber ich kann mir nicht denken, daß die deutschen Behörden nicht die Versprechen halten, die sie abgegeben haben. Uebrigens hätte nicht ich zu entscheiden, sondern die Vollversammlung des Internationalen Olympia-Komitees. Noch haben wir uns mit dem Problem nicht beschäftigt. Wenn es sich bestätigt, daß der deutsche Sportführer von Tschammer und Osten das sportliche Training in solcher Form beeinträchtigt, daß die Juden

boykottiert sind, so wären wir gezwungen, eine Verlegung der Olympischen Spiele vorzunehmen.«

Wer glaubt noch, daß die Juden in Deutschland auf irgend einem Gebiete nicht boykottiert würden? »Das schwarze Korps«, Organ der Reichsführung der SS schrieb auf Seite 3 der Ausgabe vom 3. VII. d. J.:

»Triumphierend meldet die jüdische Presse: »Das Mitglied der Schwimmabteilung des BGH, Berlin, Richard Kallacher, hat bei den Hochschulmeisterschaften des Gau's Kurmark der deutschen Studentenschaft das Kunstspringen gewonnen.« Sie meldet das nicht etwa im Juni 1928, sondern am 28. Juni 1935. Ueberall predigen Männer, die um das Wohl des Volkes besorgt sind: »Die Juden sind unser Unglück.« Jahrzehnte haben bewiesen, daß dieses Wort nur zu wahr ist. Der Staat erläßt Rassengesetze. Dem Juden werden mit Recht das Heer und der Arbeitsdienst als Schulen der deutschen Ehre verschlossen. Aber Mitglieder einer sogenannten deutschen Studentenschaft lassen zu ihren Hochschulmeisterschaften Juden zu, messen sich mit den Fremdrassigen im Wettstreit und sabotieren damit ganz offen alle jene gesunden Bestrebungen, die dahin zielen, das deutsche Volk vom Juden und seinem Einfluß freizumachen.

Das war im Frühsommer. Nach Nürnberg gibt es überhaupt keine Grenzen mehr.

noch vor einem halben Jahr und erst recht in den ersten sechs Monaten der braunen Bilder-, Büro- und Ladenstürmer!

Aus dem Rheinland aber schrieb uns kürzlich einer unserer aufmerksamsten und urteilsfähigsten Beobachter:

»Die Sympathie der Tausenden begleitet die Opfer in die Gefängnisse. Man sorgt für die Familie so gut es geht. Ueberhaupt: die Solidarität gemeinsamen Leides und gemeinsamen Willens ist im Wiedererwachen. Man hört nicht mehr wie im Anfang der Naziherrschaft Aeüßerungen wie »warum hat er auch das gemachte oder »er hätte die Finger davon lassen sollen« und ähnliches. Dieses Erwachen der Solidarität ist ungeheuer viel in dieser trostlosen Zeit des barbarischsten Systems, das jemals die Welt gesehen hat. Sozialdemokrat ist heute wieder ein ehrender Begriff; Sozialdemokraten werden wieder geachtet. . .«

In der Tat: das ist das neue, das verheißungsvolle Gesicht der Stunde! Man braucht durchaus nicht an den wundertätigen Aktivismus dieses wahrhaften »Deutschland erwache« — des anderen Deutschlands freilich, als das es ist, was Hitler meint — über Nacht zu glauben, der mit einem Schlag umwerfen könnte, was sicherlich eine organisierte Verbrecherbande mit Klauen und mit Zähnen, mit Revolver und mit Hackmesser und zunächst vielleicht auch die Kanonen auf Eigennutz und Karriere erpichter Majore und Generale verteidigen werden, da sie sich schon einmal mit den Gangsters ins selbe Boot gesetzt haben und den Kriegs- und Soldatenberuf immer als einen Dienst über, nie als einen solchen an der Nation empfangen. Aber gegen die Idee der proletarischen Solidarität versagen — das beweist die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung auf jedem ihrer Blätter — auf die Dauer ebenso die Brownings der Banditen wie die Tanks derer, die behaupten, Gneissaus zu sein und kümmerliche Feldweibel in Wirklichkeit darstellen. F. E. Roth.

Ein Fortschritt?

In seiner Nürnberger Ansprache an die Hitlerjugend sagte Hitler:

Heute, da sehen wir mit Freude nicht mehr den Bier- und trinkfesten, sondern den wetterfesten jungen Mann, den harten jungen Mann. Denn nicht darauf kommt es an, wieviel Glas Bier er zu trinken vermag, sondern darauf, wieviel Schläge er aushalten; nicht darauf, wie viele Nächte er durchzubummeln vermag, sondern wie viele Kilometer er marschieren kann.

Ist es gar so ein Unterschied, ob der Geist im Bierglas ertrinkt oder durch Gewehrläufe in die Luft geknallt, ob er beim Bummeln oder beim Kilometerfressen zertreten wird?

Blutstrom-homogener Ammenmilk

»Das artbewußt erzogene deutsche Kind weiß mit sehr natürlichem Instinkt zwischen rassewidriger und Blutstrom-homogener Ammenmilk zu unterscheiden. Manche Mutter könnte sich an dieser elementaren Sicherheit der Kleinsten ein Beispiel nehmen.«

(Aus einer deutschen Familienzeitschrift.)

schließlich war es ja auch der jüdische Dichter Lissauer, der 1914 die Haßpsychose gegen das von Gott zu strafende England durch seinen »Haßgesang gegen England« schüren half, der zum meistrezitierten Kriegsgedicht wurde. Die Lewald und Lissauer haben freilich nicht geahnt, wie wenig einmal entfesselte Haßinstinkte an ihre ursprünglichen Objekte gebunden sind. Der gestern gegen Franzosen, gegen Engländer tobende Haß läßt sich heute auf die Juden ablenken, die eben noch seine Mitläufer waren. Dies ad notam für jene, die behaupten: den Juden würde es heute in Deutschland viel besser gehen, wenn sie größere Nationalisten gewesen wären. Im Gegenteil! Stets wird man in der Geschichte mit der Rute gezüchtigt, die man selber hat blinden helfen.

Die Lewald-Stahr ist nur ein Typ ihrer Zeit, Spiegelbild der damals grassierenden Anti-Franzosenpsychose gewesen.

In dem Brief eines Künstlers der Epoche, bei dem die Psychose allerdings nur kurze Zeit anhält, findet sich die Bemerkung: Durchkommende Verwundetentransporte hätten ihm die Gemeinheit und Rohheit der Franzosen bestätigt. Der Briefschreiber war ein besonnener Mann, der noch ein Jahr zuvor aus Paris über die neuere französische Kunst mit hoher Anerkennung berichtet hatte.

Diese Beispiele zeigen, wie stark gerade die nervöse, bewegliche, intellektuelle Oberschicht in Deutschland seit jeher gegen blinden nationalistischen Haß anfällig, und wie schwer sie in solcher Situation vernünftigen Erwägungen zugänglich ist. Der unbequeme Widerspruch gegen die einmal eingenommene

Haltung wird mit der Faust erledigt, die handgreiflichsten Argumente werden ignoriert. Das »verkommen« Volk der Franzosen um 1870 stand im Begriff, in Dichtung und Malerei der neuen Epoche, dem bürgerlichen Europa seinen eigenen Stil zu geben, während in Deutschland damals das berüchtigte »Gründerzeitalter« anbrach, die Epoche des flachsten, traurigsten Epigonentums.

Trotzdem wurde das Wort von der »verkommenen französischen Nation« genau so gläubig nachgebetet wie heute von der jüdischen »Kötterrasse«. Morgen werden andere Nationen dran sein. Man darf die Wandlungsfähigkeit des Nationalismus in der Setzung von Haßzielen nicht unterschätzen. Wer den Beginn des Weltkrieges erlebt hat, weiß noch, wie die Japaner an einem einzigen Tage — dem ihrer unerwarteten Kriegserklärung — aus den »Preußen des Ostens« zu »gelben Affen« herabsanken. Innen dieselben dagegen bleiben jene Hirne, deren »deutscher Idealismus« Inhalt vortäuscht, während ihre absolute Leere sich mit jeder beliebigen Jauche füllen läßt. Julius Civilis.

15 Jahre Schmach, drei Glas Bier und vier Zigaretten

»Der Oberbürgermeister von Nordhausen erläßt folgenden Aufruf:

Nach 15jähriger Schmach unseres Vaterlandes, nach der langen Zeit des Zwiespalts und des Haders, in der Deutschland geknechtet am Boden lag, hat uns der Führer die Wehrpflicht wiedergegeben!

Zum ersten Male wieder wurde in den Mauern Nordhausens eine Musterung durchgeführt. Dieses große und denkwürdige Ereignis gibt der Stadt Nordhausen Veranlassung, sämtliche Gestellungspflichtigen zu einem Kameradschaftsabend einzuladen. Die Standartenkapelle spielt. Jeder gemusterte Volksgenosse erhält drei Glas Bier und vier Zigaretten gratis und wird gebeten, sein Sträußchen, das Symbol des wehrfähigen deutschen Mannes, anzulegen. Musterungsausweis ist zum Empfang der Biermarken mitzubringen.«

O — wie symbolhaft!

Materialisierte Mystik — Tausend Paar Stiefel für den Führer.

Kein vernünftiges Staatswesen kommt ohne Symbol aus. Im Stadtstaat des weisen Pisistratos war es, die Eule, der heilige Vogel der helläugigen Athene. Unter dem Banner der Lilie, welche die Hoffnung auf den roi soleil, den Sonnenkönig in Versailles war, foht man unter den Bourbonen. Der Krückstock Friedrich Wilhelms von Preußen hatte — mindestens illegal — seine symbolhafte Bedeutung ebenso, wie der legale borusische Aar. Was aber könnte für die spezifischen Verhältnisse des Dritten Reiches symbolhaft wahrer ergänzen und die Mystik, wenn nicht Fleisch, so doch Leder werden lassen, als eben ein stilgerechter, zweckenbeschlagener gutgenährter — Stiefel?

Die Nachfahren eines so weltklugen Mannes, wie es Hans Sachs ohne Zweifel seinerzeit in Nürnberg war, haben als deutsche

Schuster das Problem hellsehend genug erfaßt. »Zum Geburtstag des Führers« — so erfährt man jetzt nachträglich aus der braunen Presse bei Gelegenheit eines feierlichen Uebergabeaktes an die Reichswehr — denn Hitler selbst dürfte mit Stiefeln bereits genügend eingedeckt sein — hat das »Deutsche Schuhmacherhandwerk« 1000 (tausend) Paar Stiefel dem Vater des Vaterlandes gestiftet. Diese Stiefellegion wurde jetzt von dem Depot-schwung des Berliner Wehrkreiskommandos mit dem Titel eines Korpsintendanten übernommen, nicht ohne die Versicherung des hohen Militärs, daß jeder dieser nationalen Symbole eine Eintragung im Schaft erhält, daß es eben kein ordinärer Stiefel, sondern ein Devotionale an den zur Zeit und auf Abbruch wirksamen »größten Deutschen« darstelle.

Wie gesagt: Was könnte die Herrlichkeiten des Dritten Reiches besser symbolisieren als so ein Stiefel, der alles unter sich zertrampelt und in dem der geborene Untertan seinen festen Halt auf diesem Erdenrund findet?

Das Niveau

Im »Judenkennere« heißt es:

»Wir sind keine Freunde der Barbarei, wie gewisse Idioten immer zu behaupten pflegen; im kleinen Finger unseres Führers steckt mehr Kultur, als in dem ganzen Gemäusel der Libanonaestheten. Hört den Frankenföhler, unseren Julius Streicher, und ihr habt eine Ahnung von dem überragend hohen Niveau deutscher Kultur. . .«

Nicht nur eine Ahnung, sondern die ganze grausige heutige Wirklichkeit!

Die Arbeitsfront auf dem Parteitag

Rüstungen als Arbeitsbeschaffung

In den Betrachtungen, die Hans Biallas, der oberste Pressenazi der Arbeitsfront jetzt über »Die DAF auf dem Parteitag 1935« anstellt, wird erklärt: der Reichsparteitag ist ein Spiegelbild des Wesens der Partei. Es kennzeichnet in der Tat den Klassencharakter dieser Nationalsozialistischen »Arbeiterpartei«, wenn in Nürnberg die brennendsten sozialen Probleme nicht erörtert werden dürfen und die Riesenzwangsorganisation der Arbeitsfront lediglich zu Paraden und Mobilmachungsübungen kommandiert werden konnte. Mit der ganzen Verlogenheit, die zum »Spiegelbild des Wesens der Partei« unentbehrlicher Bestandteil geworden ist, redet Biallas von dem Nürnberger Rummel als dem »Ehrentag der Arbeit«.

Das Pressamt der DAF sagt weiter, daß der »Rechenschaftsbericht« des Ley bei den Arbeitern neue Begeisterung geweckt haben müßte. Es klingt an sich komisch, bei einem Zwangsverband, in dem Meinung und Gesinnung befohlen werden, ohne daß ein Mitglied auch nur das geringste mitzubestimmen hätte, von einem Rechenschaftsbericht zu sprechen. Noch schlimmer war der Inhalt dieser Rechenschaftslegung. Er begann mit dem Schwindel, die Arbeiterorganisationen seien bei dem Naziraub vom 2. Mai 1933 bankrott gewesen, obwohl selbst die frisierte Bilanz der Arbeiterbank heute noch das Gegenteil ausweist. Die Phrasen, wie sie dann Ley über die faschistische Sozialverfassung von sich gab, sind zu lächerlich, um sie noch einmal widerlegen zu müssen.

»Der Betrieb ist eine Ganzheit« — der Arbeiter, der an diese angeblich vollzogene Überwindung der Klassengegensätze im Hitlerstaat glaubt, müßte erst gezeigt werden.

»Eine gute Wirtschaftspolitik ist die beste Sozialpolitik« — die ins Stocken geratene Lebensmittelversorgung, die Zerschlagung des deutschen Exports, die Rohstoffknappheit und der Verfall der Währung können nur von Dilettanten vom Schlage eines Ley als Zeichen einer »guten Wirtschaftspolitik« angesehen werden. Normaldenkende sehen die deutsche Wirtschaftskatastrophe.

»Die Hebung des Lebensniveaus« muß das Ziel sein — Lohnabbau und Verteuerung der Lebenshaltung des Arbeiters sind die Wahrheit.

»Der Mensch muß die Arbeit beherrschen« — die Arbeitsfront hat dafür gesorgt, daß im Dritten Reich die Besitzer der Produktionsmittel den arbeitenden Menschen beherrschen können, wie einst Herren ihre Sklaven knechten konnten. Ley berichtet es als Erfolg der Arbeitsfront, daß sie jährlich rund 100 Millionen RM an Unterstützungen zur Auszahlung gebracht hat. Wäre diese Zahl wahr, so hätte die Arbeitsfront mit 20 Millionen Zwangsmitgliedern dieselbe Unterstützungssumme verausgabt, die der ADGB bei 4 Millionen Mitgliedern ausgezahlt hatte. Die ganze Unverfrorenheit des Ley äußert sich in folgenden Bemerkungen im Rechenschaftsbericht:

»Will die DAF die Betriebsgemeinschaft bauen, so muß jeder einzelne geradezu zum Wahrheitsfanatiker werden. Innerhalb der Betriebsgemeinschaft der DAF gibt es keine Geheimnisse und es gibt nichts, was man dem Volke nicht mitteilen könnte.«

Wie sehr müssen sich die Balken der Nürnberger Kongreßhalle bereits an »das Wesen der Partei« gewöhnt haben, wenn sie sich bei solchem Wahrheitsfanatismus nicht gebogen haben. Ley vermochte sich aber geradezu selbst als Wahrheitsfanatiker zu überbieten, als er von der »Tiefenwirkung« des Sozialamtes berichtete, den Verbesserungen durch Tarifordnungen.

»Als bestes Kennzeichen für eine gesteigerte Lebenshaltung aber ist in Deutschland der Verbrauch ganz allgemein sehr erheblich angestiegen.«

Ein Hinweis auf die Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschung, wonach die Verbrauchsgüterproduktion ständig zurückgeht, hätte den Nürnberger Arbeitsfrieden unnötig gestört.

»Der organisierte Verbrauch« ist nach Ley gegenüber dem Tiefstand von 1932 von 100 auf 160 gestiegen. Bei dieser Indexermittlung hat Ley offenbar die Umsatzziffern der Verbraucherorganisation vergessen zu beachten, denn die Konsumvereinsorganisation ist inmitten dieses fabelhaften Aufstiegs zusammengebrochen. Das Volkseinkommen ist gestiegen, »denn die Bankeinlagen haben sich vermehrt«. Es wäre dem Ley zu raten, die getrennten Zahlen über die Einkommensveränderung der Unternehmer und der Arbeiter bekannt zu geben, um zu erkennen, daß die

Bankeinlagen der Unternehmer nicht ohne Opfer der Arbeiter gewachsen sind. Als Beweis für die erreichten Lohnerhöhungen bringt es Ley fertig, auf das Beispiel der beim Bau der Reichsautobahnen beschäftigten Arbeiter zu verweisen. Sie erhalten »zusätzlich Wege- und Verpflegungsgeldern«. Man muß die skandalöse Unterentlohnung dieser Reichsautobahnarbeiter kennen, um die faustdicke Lüge dieser zusätzlichen Lohnerhöhung beurteilen zu können. Ley wußte weiter Rechenschaft abzulegen von der neuen sozialen Selbstverwaltung.

»Im Vertrauensrat sitzen der Betriebsführer und die Vertreter der Gewerkschaft zusammen.«

Diese ultragebe Einrichtung bezeichnet Ley als »Aufbau der Selbstverantwortung der Arbeiter in der Sozialordnung«. Er schloß mit einer Hymne an die Pflege der Gemeinschaft und rief begeistert:

»Der eine befiehlt und der andere muß gehorchen. Doch alle zusammen haben eine gemeinsame Ehre.«

Im Geiste dieser Berichterstattung wird es auch verständlich, wenn Ley sagen zu dürfen glaubte:

»Die Betriebsgemeinschaften haben auf fast allen Gebieten dafür gesorgt, daß die untertarifliche Entlohnung aufhörte.«

Eine kurze Betrachtung verdient Leys Berichterstattung über die Arbeitsschlacht, die fünf Millionen Arbeitslose in Beschäftigung gebracht haben soll. Hier verlor der Reichsleiter der DAF den Rest seines seelischen Gleichgewichtes und stieß hervor:

»In einer Zeit des wiedererwachenden Lebens überschlägt sich oft das Tempo der Gesundung. Und auch das ist eine Gefahr... Ein Arbeiter sagte mir: Wir kommen uns vor wie in einem Arbeitsrausch. Es werden Termine für die Fertigstellung der Arbeit gestellt, die einfach phantastisch klingen.«

Dieses Tempo der Gesundung ist das Tempo der deutschen Aufrüstung, wie die ganze Arbeitsbeschaffung nur noch in Rüstungen besteht. Es muß ein Heer und was dazu gehört aus dem Boden gestampft werden. Waffen, Kasernen, Munition, Geschütze, Flughäfen, Schiffe usw. werden ohne jede Rücksicht auf die finanzielle Tragfähigkeit des Reiches und der Folgen dieser Riesenausgaben auf die wirtschaftliche Lage des Volkes Tag und Nacht hergestellt und gebaut. Es wäre der einzig positive Teil des Rechenschaftsberichtes der DAF gewesen, hätte Ley, »für den es nichts gibt, was man dem Volke nicht mitteilen kann«, auch nur andeutungsweise das Geheimnis der deutschen Rüstungsausgaben verraten.

Das Institut für Konjunkturforschung schreibt in einer Untersuchung, bei der nur die deutschen Angaben fehlen:

»Wenn Deutschland anteilmäßig ebenso

viel für Rüstungen ausgeben wollte, wie sein Nachbar Frankreich, so hätte der deutsche Wehretat im letzten Jahr statt 0,9 über 4 Milliarden Mark betragen müssen. Mit diesem Betrag wären nur die laufenden Rüstungsausgaben ausgeglichen. Es bliebe also unberücksichtigt, daß in der gesamten Nachkriegszeit das Ausland aufgelistet, Deutschland aber abgerüstet hat.«

Es steht wohl außer Zweifel, daß die heutige deutsche Wehrmacht in keinem Fall hinter der Stärke der französischen zurückbleibt, also der Wehretat die Viermilliardengrenze längst überschritten haben muß. Dabei bezieht sich die Rechnung des I. f. K. auf das Jahr 1934, während Frankreichs Wehretat im Jahre 1935 erheblich gewachsen ist. Das Konjunkturinstitut errechnet weiter, daß die Rüstungsausgaben in Frankreich 12 Prozent des Volkseinkommens betragen. Die Verwendung von 12 Prozent des Volkseinkommens würde in Deutschland bei rund 34 Milliarden RM einen Aufwand von 6,5 Milliarden für den Wehretat »rechtfertigen«, wobei nach jenem Bericht Deutschland neben den laufenden Ausgaben noch den fünfzehnjährigen Ausfall an Rüstung auszugleichen hätte. Es wird weiter vermerkt, daß allgemein (also ohne die in Deutschland nötigen einmaligen Ausgaben) die eigentlichen Rüstungsausgaben die Hälfte des gesamten Wehretats ausmachen, also für Deutschland mehr als 3,2 Milliarden. Die für 1934 angegebene Summe von 0,9 Milliarden für den Wehretat beweist nur, daß der überwiegende Teil der Rüstungsausgaben auf das Konto Arbeitsbeschaffung und die dazu vorgenommene Kreditausweitung entfällt. Der Finanzminister hat die zusätzliche Kreditausweitung seit Hitlers Machtergreifung mit 7 Milliarden angegeben, so daß die Rüstungsausgaben mindestens die Hälfte davon absorbiert haben. Diese hypothetischen Annahmen des Konjunkturinstituts dürften hinter den wirklichen Rüstungsausgaben aber weit zurückbleiben. Ley hätte auf seiner Nürnberger Tagung, als er von der Hebung des Lebensniveaus der Arbeiter berichtete, die sehr zurückhaltend geäußerte Meinung des Konjunkturinstituts mit verkündend sollen, das zur Wirkung der Rüstungs-Arbeitsbeschaffung sagt:

»die Erzeugnisse dieser Art verbessern nicht unmittelbar die Lebenshaltung.«

Nein, Herr Wagemann, diese zugunsten der Aufrüstung betriebene Kreditinflation hat in der Preisgestaltung in Deutschland eine Katastrophe erzeugt, durch die geradezu die Volksversorgung in Frage gestellt ist. Dieses Ergebnis der Arbeits- und Rüstungsschlacht der Deutschen Arbeitsfront bleibt fast ebenso wichtig, wie das »gewaltige Volksfest der NS-Gemeinschaft »Kraft durch Freude« in Nürnberg.

Vom braunen Stumpfsinn

Weltanschauliche Leistungsprüfung

In diesem Sommer hat es einen »Reichswettkampf der SA« gegeben. Es wurde geturnt, gesprungen, marschiert und überhaupt in jeder Art von Leibesübungen gewetteifert. Doch auch der nationalsozialistische Geist sollte zu seinem Recht kommen. Darum wurde eine »weltanschauliche Leistungsprüfung« veranstaltet, bei der 57 verschiedene Fragen gestellt wurden. Sie bezogen sich alle auf das Leben des »Führers« und sein epochemachendes Werk »Mein Kampf«.

Der ganze Stumpfsinn der sogenannten nationalsozialistischen »Erziehung« kommt in dem folgenden Fragekatalog zum Ausdruck:

1. Wann ist der Führer geboren?
2. Wo ist der Führer geboren?
3. Wodurch ist das Städtchen Braunau geschichtlich bekannt geworden?
4. Weshalb wurde Palm erschossen?
5. Welchen Beruf hatte der Vater des Führers?
6. Wissen Sie etwas aus dem Lebenslauf des Vaters des Führers?
7. Wo erlebte der Führer die schönste Schulzeit?
8. Welche Schule besuchte er in Linz?
9. Welche waren seine Lieblingsfächer?
10. Welcher Lehrer hat dem Führer viel gegeben?
11. Welches Buch wurde dem Führer in seiner Jugend zum Erlebnis?
12. Welche Gedanken kamen dem Führer beim Lesen des Buches »Krieg 1870/71«?
13. Ist dem Führer in seiner Jugend die unglückliche Trennung von Deutschland und Oesterreich zum Bewußtsein gekommen?
14. Vertrugen sich die Tschechen und Deutschen in Oesterreich miteinander?
15. Welche Macht regiert heute in Oesterreich?
16. Wie bezeichnet sich der Führer selbst seinen Spielkameraden gegenüber?

17. Welchen Beruf sollte der Führer nach dem Willen des Vaters ergreifen?
18. Gab es wegen der Berufsafrage Streit mit dem Vater?
19. Wie alt war der Führer, als der Vater starb?
20. War die Mutter mit der Berufswahl des Führers einverstanden?
21. Weshalb gab die Mutter dennoch nach?
22. Welcher Schicksalsschlag traf den Führer am härtesten?
23. Weshalb wurde der Führer nicht Kunstmaler?
24. Auf welche Weise verschaffte sich der Führer seinen Lebensunterhalt in Wien?
25. War es dem Führer möglich, ohne Schwierigkeiten den Beruf eines Baumeisters zu ergreifen?
26. Bemerken wir heute noch das Interesse des Führers für die Baukunst?
27. Welche Entwürfe aus der Gegenwart stammen vom Führer?
28. Reichte der Verdienst in Wien zu seinem Lebensunterhalt aus?
29. Was machte der Führer in seiner freien Zeit in Wien?
30. Hat sich der Führer damals über seine Not beklagt?
31. Lernte der Führer außer seiner eigenen sozialen Not auch die Not anderer kennen?
32. Müßte der Führer als Arbeiter nicht organisiert sein?
33. Wodurch wollten ihn die Arbeitskameraden zur Organisation zwingen?
34. Was unternahm der Führer gegen den Terror seiner Arbeitskameraden?
35. Durch das Studium des Marxismus und des Judentums kam der Führer zu welchen Erkenntnissen?
36. Hatte der Führer den Glauben an seine Arbeitskameraden durch die Drohungen verloren?
37. Weshalb macht sich der Führer es zur vornehmsten Pflicht, die soziale Not in Deutschland zu beheben?

38. Konnte ein Arbeiter von damals »national« empfinden?
39. Kann man soziale Not durch Wohlfahrts-einrichtungen beheben?
40. Hat der Führer in Wien den Parlamentarismus kennengelernt?
41. Wann ging der Führer nach München?
42. Weshalb ging der Führer nach München?
43. Weshalb meldete sich der Führer zum Beginn des Weltkrieges freiwillig?
44. Konnte der Führer ohne weiteres Soldat in Deutschland werden?
45. In welchem Regiment stand der Führer während des Krieges?
46. Welche Kämpfe und Schlachten machte der Führer mit?
47. Welche Tätigkeit hat der Führer besonders im Regiment ausgeführt?
48. Hat sich der Führer im Kriege hervorgetan und wurde er ausgezeichnet?
49. Welchen Dienstgrad erwarb sich der Führer im Kriege?
50. Wann wurde der Führer verwundet?
51. Wann kam der Führer wieder an die Front?
52. Wurde der Führer nochmals verwundet?
53. In welches Lazarett kam der Führer?
54. Welches Ereignis erlebte er dort?
55. Ließ sich der Führer durch seine vorübergehende Erblindung, durch seine Schmerzen und durch das bittere Erlebnis des Zusammenbruchs Deutschlands entmutigen?
56. Welchen Entschluß faßte er im Augenblick des Zusammenbruchs Deutschlands?
57. Wie wirkliche der Führer seinen Entschluß, Politiker zu werden?

Und das will die gesamte Jugend des deutschen Volkes »erziehen«!

Die gute Führung

Die von Freisler herausgegebene Zeitschrift »Deutsches Strafrecht« wendet sich in ihrer letzten Nummer gegen den Stufenstrafvollzug, dessen Verfechter sich bekanntlich das Ziel gesetzt haben, möglichst viele Rechtsbrecher allmählich wieder zu gutwilligen und rechtlich handelnden Mitgliedern der menschlichen Gemeinschaft zu machen. Daß die Nationalsozialisten gegen »Humanitätsduseleien« solcher Art einen heftigen Widerwillen hegen, daß für sie die ganze Strafrechtspflege nur eine Angelegenheit teils gesellschaftlicher, teils persönlicher Rache ist, wissen wir. Neu hingegen ist ein Argument, daß hier u. a. ins Treffen geführt wird. Es heißt da nämlich:

»Der psychologische Fehler (des Stufenstrafvollzuges) lag darin, daß man von der äußerlichen guten Führung auf eine innere Wandlung, auf eine Aenderung der Gesinnung schloß.«

Der Staatssekretär und preußische Staatsrat Freisler, M. d. R., hätte diesen Satz in seiner Zeitschrift keinesfalls durchgehen lassen dürfen. Er enthält eine zersetzende Kritik am Dritten Reich, denn auf der »äußerlichen guten Führung« ist die ganze, durch Gleichschaltung erzwungene »Volksgemeinschaft« aufgebaut. Nur wird diese Führung nicht — wie beim Stufenstrafvollzug — durch Milde, sondern durch Gummiknüppel und Konzentrationslager erzielt. Wir zweifeln, daß man aus diesem Grunde eine nachhaltigere Wirkung zusprechen darf.

Stampiglie mit Ihrer Firma

erzeugen wir Ihnen um 12 Kč. Schreiben Sie unter Chiffre: »Stampiglie fürs ganze Leben« an die Administration des Blattes.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphic«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pos. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pos. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakiet: Zeitschrift »Neuer Vorwärts«: Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts«: Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts«: Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts«: Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts«: Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.